

die Fraktionen der CDU und der Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der SPD, der FDP und der AfD. Wer Enthaltungen. Somit ist der **Einzelplan 11** mit den Stimmen der Grünen und der CDU bei Abwesenheit des Abgeordneten Dr. Blex **angenommen** worden.

Ich rufe nun auf den Einzelplan 04 – Ministerium der Justiz – und eröffne die Aussprache.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Also, ich wäre bereit, aber nicht für die Justiz! – Jochen Ott [SPD]: Ich fände das spannend, wenn Herr Maelzer was zur Justiz sagen würde! Dann wäre mal ein bisschen Leben in der Hütte hier! – Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Ich fühle mich im Recht! – Dr. Benjamin Limbach, Minister der Justiz: Seien Sie doch mal ein bisschen flexibel! – Jochen Ott [SPD]: Genau! Ich frage Sie gleich mal was zur Schulpolitik, und dann sehen wir weiter! – Dr. Benjamin Limbach, Minister der Justiz: Ich habe Kinder! – Jochen Ott [SPD]: Genau das ist das Problem der Schulpolitik: dass jeder meint, er könnte mitreden!)

So, ich rufe nun auf:

Einzelplan 07 Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration

Ich eröffne die Aussprache. – Für die Fraktion der SPD hat nun der Kollege Dr. Dennis Maelzer das Wort.

a) Familie, Kinder und Jugend

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Vielen Dank. Beim Einzelplan 07 bin ich natürlich gerne dabei.

Meine Damen und Herren! Zum Einzelplan 07 hören wir von der schwarz-grünen Koalition immer wieder, dass sie für die Zukunft dieses Landes stehen will. Das wäre ja etwas, was sich dann insbesondere im Haushalt für Familie, Kinder und Jugend abbilden müsste. Doch wenn man sich die Haushaltsrede der Ministerin im Fachausschuss angehört hat, dann hat man vernommen, dass dort ganz 19 Mal von Kontinuität zur Vorgängerregierung die Rede war. Ich habe gedacht, für ein Weiter-so seien zumindest die Grünen nicht gewählt worden. Doch leider müssen wir genau das erleben.

(Beifall von der SPD)

Außer der Weiterführung des Alltagshelferprogramms stecken in diesem Haushalt relativ wenige Antworten auf Zukunftsfragen. Das Alltagshelferprogramm ist richtig, aber genauso unumstritten zwischen allen demokratischen Fraktionen hier in

diesem Hause. So kann man sagen: Die Ministerin mag neu sein, aber außer den Namensschildern an der Ministeriumstür hat sich bisher herzlich wenig verändert.

(Beifall von der SPD)

So schlittern wir auch weiterhin sehendes Auges in eine Bildungskatastrophe. Ich weiß, liebe Josefine Paul, Sie mögen diesen Begriff nicht. Doch ich werde ihn weiter verwenden. Denn ich halte es für eine Katastrophe, dass in Nordrhein-Westfalen mehr als 100.000 Kitaplätze fehlen und dass wir damit mehr als 100.000 Kindern den Zugang zu frühkindlicher Bildung verwehren.

(Beifall von der SPD)

Genau das zu thematisieren, demotiviert auch nicht unsere Fachkräfte. Denn die Katastrophe besteht doch gerade darin, dass mehr als 100.000 Kinder diese Fachkräfte überhaupt nicht zu Gesicht bekommen.

Blickt man in Ihren Haushalt, dann sieht man, dass sich daran gar nichts ändern soll. Wenn der Zuwachs an Plätzen so langsam weitergeht, wie Sie es in Ihrem Haushalt beschreiben, dann schließen wir die Lücke frühestens in 13 Jahren. Dann sollen aber diejenigen, die heute keinen Kitaplatz haben, eigentlich schon ins Berufsleben starten. Dieses Schnecken-tempo können wir uns deshalb nicht weiter leisten.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wir können es uns auch nicht weiter leisten, dass in den kommenden Haushalt keine Mittel für eine KiBiz-Revision eingestellt sind. Wir müssen jetzt schon die Weichen hin zu einer Einrichtungsfinanzierung stellen. Da nützt es auch nicht, mantramäßig auf die Evaluation zu verweisen. Als Sie in der Opposition waren, Frau Ministerin, da kannten Sie die Webfehler des KiBiz nur zu gut. Das kann nach einer Landtagswahl nicht alles vergessen sein.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Darum muss das Jahr 2023 das Jahr sein, in dem wir mit dem Einstieg in den Ausstieg aus dem KiBiz beginnen und ein wirkliches Kita-Zukunftsgesetz auf den Weg bringen.

Denn wir erleben doch in unseren Wahlkreisen, wie sehr dieses System auf Kante genäht ist. Jüngst erst hat die evangelische Kirchengemeinde in Hagen die Trägerschaft für drei Kitas zurückgegeben, weil sie es sich finanziell nicht mehr leisten kann. Das sind doch Alarmzeichen, die das Land endlich mal ernst nehmen muss.

Aber der Einzelplan 07 dreht sich selbstverständlich nicht nur um Kitas, sondern es geht auch um Familien, um Kinder und um Jugendliche. Auch für sie wird 2023 ein Jahr sein, in dem Corona und vor allen Dingen die Folgen der Pandemie noch deutlich spürbar sein werden. In dieser Zeit brauchen Familien

besondere Unterstützung. Sie brauchen beispielsweise Familienbildung.

Wenn man sich den Ansatz zum Thema „kostenfreie Elternkurse“ anschaut, dann stellt man fest, dass der Ansatz einfach überrollt worden ist. Begründung: Na ja, das Geld hat ja in den letzten Jahren auch gereicht. – Ach, wirklich? Natürlich haben in Coronazeiten weniger Kurse stattgefunden, und natürlich bedeutet Corona, dass wir zukünftig mehr Familienbildung brauchen. Das bedeutet allerdings auch, dass es nicht an mangelnden Mitteln für die Gebührenfreiheit scheitern darf. Die Kursgebühren dürfen nicht steigen. Eltern dürfen nicht durch Gebühren von Bildungsmaßnahmen abgehalten werden.

(Beifall von der SPD)

Gleichzeitig muss der Aufholprozess nach mehr als zwei Jahren Pandemie mit Kraft weitergeführt werden. Dazu müssen wir sicherstellen, dass beispielsweise Kinder- und Jugendfreizeiten weiterhin in Nordrhein-Westfalen stattfinden können.

(Beifall von der SPD und Dagmar Hanses [GRÜNE])

Auch dazu haben wir die Alarmsignale aus den Jugendverbänden vernommen. Doch was ist die Antwort der Landesregierung? Sie legt einen Kinder- und Jugendförderplan vor, in dem explizit steht, dass eigentlich so ziemlich alles beim Alten bleiben soll.

(Dagmar Hanses [GRÜNE]: Stimmt doch gar nicht, Herr Maelzer!)

Vor allen Dingen findet keine Mittelentwicklung statt. Darum machen sich jetzt viele Verbände Sorgen, ob sie die Fahrten im nächsten Jahr noch anbieten können.

(Beifall von Jochen Ott [SPD])

Auch Mobilität ist für Kinder und Jugendliche ein wichtiges Thema. Die FDP bringt dazu heute einen Antrag ein. Besitzer der Jugendleitercard sollen freie Fahrt in Bussen und Bahnen erhalten. Die Forderung von uns als SPD ist umfassender. Wir wollen erreichen, dass alle Kinder und Jugendlichen Zugang zu kostenfreiem ÖPNV haben.

(Beifall von der SPD)

Dennoch sagen wir, dass der Antrag in die richtige Richtung geht. Darum werden wir ihm gleich auch zustimmen.

Von all dem, wovon ich vorhin gesprochen habe, findet sich im schwarz-grünen Haushalt herzlich wenig wieder. Und als wäre es nicht schon schlimm genug: Wir haben noch gar nicht über das Thema „Energiekosten- und Inflationskrise“ gesprochen. Dieser Diskussion haben Sie sich konsequent verweigert. Sie haben im Ausschuss keine einzige konkrete Maßnahme benennen können, wie Sie Kitas, Tagespflege, Kinder und Familien in dieser Situation ent-

lasten wollen. Warum? Sie haben sich lieber mit anderen Fragen beschäftigt.

Es war spannend zu sehen, als mit Mehrdad Mostofizadeh ein fachfremder Politiker zu uns in den Ausschuss kam

(Henning Höne [FDP]: Das hat ihn noch nie abgehalten! – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das nennt man Demokratie!)

und offensichtlich genau eine Aufgabe hatte: zu erklären, dass dieser Haushalt verfassungskonform sei. Wenige Wochen später erleben wir: Dieser Haushalt hält einer Prüfung des Landesrechnungshofs nicht stand. Er stand von Anfang an auf tönernen Füßen. Sie haben ein komplettes Haushaltsplanverfahren vor die Wand gefahren.

(Beifall von der SPD)

Was passiert jetzt? Sie wollen von uns einen Blankoscheck über 5 Milliarden Euro, nennen aber keine einzige Idee, was Sie mit diesem Geld machen wollen.

(Tim Achtermeyer [GRÜNE]: Das stimmt doch überhaupt nicht! Quatsch!)

Keine einzige Idee! Darum ist dieses Rettungspaket, welches Sie eilig geschnürt haben, kein Rettungspaket für die frühkindliche Bildung,

(Zuruf von Romina Plonsker [CDU])

kein Rettungspaket für Familien und Kinder. Nein, es dient einzig und allein der Rettung einer überforderten schwarz-grünen Koalition, die die Notbremse vor dem Verfassungsbruch ziehen musste.

(Beifall von der SPD)

Welche Wege müsste man jetzt einschlagen? Vielleicht sollte man auf die Landeselternkonferenz, den Landeselternbeirat und die Bildungsgewerkschaft GEW hören. Denn auch die fordern ein kostenfreies warmes Mittagessen an Kitas und Schulen.

Was haben Sie gemacht? Sie haben 3 Millionen Euro für die Tafeln bereitgestellt. Damit wir uns nicht missverstehen: Ich habe Respekt für die ehrenamtliche Arbeit, die bei den Tafeln geleistet wird.

(Zuruf von der CDU)

Ich habe kürzlich noch zwei in Horn-Bad Meinberg besucht. Aber Ihre sozialpolitische Antwort in der Energiekrise kann doch nicht allen Ernstes sein, dass die Tafeln jetzt mehr Zuwachs erhalten und mehr Familien zur Tafel geschickt werden sollen. Nein, die Antwort muss ein kostenfreies warmes Mittagessen in unseren Bildungseinrichtungen sein.

(Beifall von der SPD)

Eine weitere Antwort muss her. Wir sind uns mit den Elternvertretern einig: Gebühren für Kita und OGS

sind schon in normalen Zeiten ungerecht. In diesen Zeiten müssen sie ein No-Go sein. Schaffen Sie die Gebühren für Kita und OGS in dieser Krise ab.

(Beifall von der SPD)

Entlasten Sie außerdem endlich die Kitas und die Tagespflege. Das Mindeste, was Sie jetzt machen müssen, ist, das KiBiz ab Januar zu dynamisieren, nachdem Sie schon die Energiekostenzuschüsse im Nachtragsaushalt verweigert haben.

Insgesamt muss man sagen: Wenn Schwarz-Grün einen Plan für die Zukunft der Familien und Kinder in diesem Land hat, dann ist es das bestgehütete Geheimnis, das in Nordrhein-Westfalen existiert. Darum können wir diesem Haushalt nicht zustimmen – es sei denn, Sie begeben sich endlich auf den Weg, Familien- und Bildungseinrichtungen wirklich zu entlasten.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion der CDU spricht nun Kollege Jens Kamieth.

Jens Kamieth (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für die Zukunftscoalition aus CDU und Grünen stehen Familien, Kinder und Jugendliche im Mittelpunkt. Familien sind das sicherste soziale Netz. Keine staatliche Institution, keine soziale Leistung kann ersetzen, was Menschen einander im Verbund der Familie an Unterstützung und Zuwendung angedeihen lassen.

Die Familienpolitik der Landesregierung und der Zukunftscoalition zielt deshalb darauf ab, Familien zu stärken und ihnen unter die Arme zu greifen, wo Unterstützung trotz eigener Anstrengungen gebraucht wird. Wir setzen dabei auf die Digitalisierung und sorgen so für Transparenz, damit Angebote bei Bedarf einfach gefunden und angenommen werden können. Der von uns forcierte Ausbau des digitalen Familienportals Nordrhein-Westfalens ist dabei zentral.

Mit Blick auf die Kinder und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen wollen wir gemeinsam Rahmenbedingungen verwirklichen, die formellen und informellen Bildungschancen stärken und Beteiligungsmöglichkeiten schaffen. So erhalten wir auch für die Zukunft das starke Fundament für unsere demokratische und vielfältige Gesellschaft von heute und morgen. Darum geht es.

Die Zukunftscoalition von CDU und Grünen knüpft mit ihrer Politik für Familien, Kinder und Jugendliche an die Erfolge der zurückliegenden Legislaturperiode an, baut darauf auf und setzt neue politische Schwerpunkte. Die Ministerin hat zu den zahlreichen Maßnahmen im Bereich „Familie, Kinder und Jugend“

und zu den konkreten Plänen unlängst im Fachausschuss berichtet.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Dann sag mal!)

An dieser Stelle will ich Ministerin Josefine Paul und den Mitarbeitenden des Ministeriums ausdrücklich für die partnerschaftliche und zielgerichtete Zusammenarbeit danken.

Gleiches gilt für dich, liebe Dagmar Hanses, auch wenn du gerade nicht so ganz aufmerksam bist,

(Dagmar Hanses [GRÜNE]: Doch!)

und die anderen Kolleginnen und Kollegen der Grünen. Es macht außerordentlich viel Freude, mit euch zusammenzuarbeiten.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Jochen Ott [SPD]: Ist ja rührend, so viel Emotion in der Adventszeit! – Zuruf von der FDP)

Im dritten Jahr der Pandemie, in Zeiten des russischen Angriffskrieges und der sich daraus ergebenden Herausforderungen, im Lichte von Inflation und Unsicherheit geht es jetzt darum, verlässliche finanzielle Rahmenbedingungen zu schaffen. Wir wollen unsere einzigartige Infrastruktur für Familien, Kinder und Jugendliche stärken und die Herausforderungen unserer Zeit entschlossen angehen.

Der vorliegende Haushaltsentwurf für den Bereich „Familie, Kinder und Jugend“ entspricht diesem Geiste. Dafür bin ich Ministerpräsident Hendrik Wüst, Finanzminister Dr. Marcus Optendrenk und Familienministerin Josefine Paul sehr dankbar.

(Nadja Lüders [SPD]: Und meiner Großmutter!)

Denn in Zeiten vieler Unsicherheiten ist es gut und wichtig, Verlässlichkeit zu schaffen und klare Rahmenbedingungen zu setzen.

(Lachen von Jochen Ott [SPD])

Der Haushaltsentwurf spricht hier eine klare Sprache.

Erstens. Wir stärken die Qualität frühkindlicher Bildung weiterhin mit Milliarden und verwirklichen bessere Arbeitsbedingungen, zum Beispiel durch die Fortführung des Alltagshelferprogrammes, setzen den Ausbau der Familienzentren fort,

(Zuruf von Nadja Lüders [SPD])

erhalten die wichtige Sprachförderung und forcieren konsequent den weiteren Kitaplatzausbau durch die Platzausbaugarantie.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Eijeijeii!)

Wir sehen die Herausforderungen auch mit Blick auf den OGS-Rechtsanspruch und weiterhin steigende Betreuungsbedarfe. Deshalb ergreifen wir die erforderlichen Maßnahmen und nehmen als Land die

Mittel in die Hand, um die Voraussetzungen für noch bessere Bildungschancen für unsere Kinder zu verwirklichen.

Zweitens. Der Kinderschutz genießt in Nordrhein-Westfalen weiterhin oberste Priorität. Mit dem Landeskinderschutzgesetz wurde ein bundesweit vorbildlicher Rechtsrahmen geschaffen. Das Gesamtvolumen zur Umsetzung des Landeskinderschutzgesetzes NRW beträgt im Jahr 2023 einschließlich der in anderen Titeln veranschlagten Mittel insgesamt 85 Millionen Euro.

Ich danke an dieser Stelle ganz ausdrücklich meinen Kolleginnen Christina Schulze Föcking und Charlotte Quik für ihre engagierte und wichtige Arbeit in diesem Arbeitsfeld.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Jochen Ott [SPD]: So viel Liebe an einem Tag! – Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Nordrhein-Westfalen ist heute Kinderschutzland Nummer eins. Wir stellen die notwendigen Mittel zur Verfügung, um die jüngsten Mitglieder unserer Gesellschaft vor sexueller Gewalt zu schützen und Opfer zu unterstützen.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] – Jochen Ott [SPD]: Kannst du mir bitte gleich auch danken? – Marcel Hafke [FDP]: Ja!)

Drittens. Neben der Familie und der formellen Bildung ist die informelle Bildung im Rahmen der offenen Kinder- und Jugendarbeit zentral für das gute Aufwachsen unserer Kinder. Der Kinder- und Jugendförderplan ist das finanzielle Rückgrat der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Wir befinden uns aktuell im vertrauensvollen Austausch mit allen relevanten Akteuren hinsichtlich der Weiterentwicklung des Planes.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Wer ist denn da „wir“?)

Schon heute steht aber fest: Der Kinder- und Jugendförderplan des Landes bleibt dynamisiert und ist damit finanziell zukunftsfest aufgestellt.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: 1,4 % sind zukunftsfest?)

– Herr Kollege Dr. Maelzer, Sie haben schon in vergangenen Plenarreden deutlich gemacht, dass Sie das System der Dynamisierung nicht verstehen.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Habe ich doch! – Jochen Ott [SPD]: Herr Maelzer ist so dynamisch!)

Gucken Sie sich die Zahlen an. Wir hatten die Kraft, einen deutlichen Anstieg des Kinder- und Jugendförderplans durchzusetzen und die Dynamisierung einzuführen.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: 1,4 %!)

Diese Kraft hatten Sie unter einem SPD-geführten Finanzministerium nicht.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Jochen Ott [SPD]: Der Saal tobt!)

Hier ist auf die CDU und die Grünen Verlass. Das ist auch ein klares Zeichen der Wertschätzung für alle, die sich täglich mit viel Herzblut für das Wohl unserer Kinder und Jugendlichen einsetzen.

Viertens. Die Angebote unserer familienunterstützenden Maßnahmen stehen besser da als je zuvor. Insbesondere die Familienerholung erhält Mittel in Höhe von 3,5 Millionen Euro, damit belastete Familien neue Kraft tanken können. Davon profitieren vor allem Alleinerziehende, Mehrkindfamilien und Familien mit Kindern mit Behinderung.

Fünftens. Kinderwunschbehandlungen werden auch in Zukunft finanziell gefördert. Eltern Glück wird so weiterhin unterstützt.

Sechstens. Wir bleiben als Land engagiert, wenn es darum geht, schwangeren Frauen mit Unterstützung und Beratung zur Seite zu stehen, um das werdende Leben zu schützen. Auch hier wachsen die Mittel auf. Im Haushaltsjahr 2023 stehen 52,5 Millionen Euro unter anderem für Schwangerschaftsberatungsstellen zur Verfügung.

Siebtens – auch das ist wichtig –: Wir machen bei der Zusammenführung von Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung da weiter, wo wir in der zurückliegenden Wahlperiode bei der strukturellen Zusammenführung schon wichtige Schritte vorangekommen sind. Das ist gerade jetzt für viele Menschen sehr wichtig.

Ich freue mich übrigens, dass im Jahr 2023 erstmals ein Familien- und Kinderfest des Landes am Tag der Familie stattfinden wird und hierfür 800.000 Euro eingeplant sind.

(Nadja Lüders [SPD]: Und Sie betreuen die Hüpfburg, oder was?)

Familie bedeutet Vielfalt und Zusammenhalt. Das gilt es zu feiern und herauszustellen. Gut so!

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Nadja Lüders [SPD]: Also!)

Die Zukunftskoalition von CDU und Grünen setzt im Koalitionsvertrag vereinbarte Maßnahmen entschlossen um. Wir sorgen für finanzielle Planbarkeit, stabile Rahmenbedingungen und durch klare politische Schwerpunkte für eine Weiterentwicklung wichtiger Bereiche. Für CDU und Grüne, für diese Landesregierung stehen Familien, Kinder und Jugendliche im Mittelpunkt, und das bleibt auch in Zukunft so.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Zuruf von Nadja Lüders [SPD] – Jochen Ott [SPD]: Jetzt müssen alle klatschen, denen einmal gedankt wurde!)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank, Herr Kollege Kamieth. – Für die FDP spricht nun der Kollege Marcel Hafke.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In dieser Legislaturperiode ist das noch nicht so oft vorgekommen, aber ich muss den Kollegen Dr. Maelzer an einer Stelle korrigieren. Es ist nicht leider von einer grundsätzlichen Kontinuität der Politik zu sprechen, sondern es ist erst einmal gut, dass die Landesregierung an die erfolgreiche Arbeit von Minister Joachim Stamp anknüpft.

(Lachen von Dr. Dennis Maelzer [SPD])

Ich möchte ihr recht herzlich dafür danken, dass sie die erfolgreiche Arbeit in der Kindergarten- und Kinderbildungsgesetzpolitik fortsetzt, den Kinder- und Jugendförderplan weiter dynamisiert und Kinderwunschbehandlungen nach vorne bringt. Das ist erst einmal eine gute Nachricht.

(Beifall von der FDP und Romina Plonsker [CDU])

Da darf man applaudieren, weil es fünf erfolgreiche Jahre für Nordrhein-Westfalen waren.

(Jochen Ott [SPD]: Der eine sagt so, der andere so!)

Jetzt verwundert allerdings ein bisschen, dass Ministerin Paul in Oppositionszeiten eine sehr kritische Begleitung unseres Ministers Stamp war und viele Sachen eingefordert hat. Man könnte sagen, dass sie jetzt die Möglichkeit hat, das zu verändern und ganz vieles auf den Weg zu bringen. Ich habe mir die Mühe gemacht, bin den gesamten Haushalt durchgegangen und habe tatsächlich zwei Punkte gefunden, mit denen Sie es geschafft haben, eigene Akzente zu setzen.

(Jochen Ott [SPD]: Doch so viele?)

– Ganze zwei, nämlich einerseits bei der Verstärkung des Alltagshelfer-Programms, was eine Erfindung von CDU und FDP war, aber erst einmal danke schön dafür, dass Sie es gemacht haben. Es gibt noch eine andere Sache, von der ich glaube, dass sich das Land danach massiv in einer neuen Situation befinden wird: Sie überlegen tatsächlich, in dieser Situation im nächsten Jahr ein Familienfest hier in Düsseldorf auszurichten und dafür 400.000 Euro auszugeben.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: 800.000 Euro!)

Dafür danke ich Ihnen recht herzlich, aber wenn Sie meinen, man würde das Land damit nachhaltig in der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik gestalten, ich weiß nicht, ob das den Ansprüchen von Ihnen und den Menschen in diesem Land gerecht wird. Ich glaube nicht.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Kollege Dr. Maelzer hat das gerade angesprochen: Wir befinden uns in einer der größten Krisen nach dem Zweiten Weltkrieg. Wir haben aus allen Bereichen – der Wohlfahrtspflege, der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, den Kindertagesstätten und den Tagespflegepersonen – Meldungen, dass sie größte Problemlagen haben, weil ihnen die Personalkosten davonlaufen und die Energie- und Heizkosten nicht mehr zu handeln sind.

Der Deutsche Kitaverband hat eine Umfrage in Auftrag gegeben: Wenn die öffentliche Hand nicht entgegensteuert, werden wir vor Schließungen stehen; 94 % der Befragten geben diese Aussage. Die Auskunft im Ausschuss war: Wir nehmen das zur Kenntnis und warten auf Berlin. – Ich habe Ihnen das dort schon gesagt, und ich wiederhole es: Das ist zu wenig. Es ist Ihre Aufgabe, sich um die Kitas und die Tagespflegepersonen hier in Nordrhein-Westfalen zu kümmern. Sie müssen Verantwortung übernehmen.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Das ist nicht Aufgabe von Berlin, sondern das ist Aufgabe der schwarz-grünen Regierung. Einfach die Hände in den Schoß zu legen, reicht nicht. Die Menschen brauchen jetzt Ihre Unterstützung. Wenn Sie nicht wissen, wie man das macht, kann ich Ihnen noch einmal zwei Hinweise geben:

Den einen hat Kollege Maelzer angesprochen. Wir können in diesem Parlament in einem sehr zügigen Verfahren einvernehmlich die Dynamisierung, die für nächstes Jahr vorgesehen ist, schnellstmöglich vorziehen. Dann hätten die jetzt eine entsprechende Liquidität und die Möglichkeit, mit gestiegenen Personalkosten klarzukommen.

Um Heizkosten und Energiekosten abzufedern, können wir über eine einmalige Entlastung sprechen; auch das ist möglich. Wir haben in diesem Haushalt ja genug Geld zur Verfügung. Sie haben in den letzten Tagen selbst festgestellt, dass im aktuellen Haushalt über 1,1 Milliarden Euro zusätzlich und zu viel an Coronamaßnahmen verbucht sind. Da wäre es mit Sicherheit möglich, einen Teil für die Kitas in diesem Land abzuzweigen und sehr schnell auf den Weg zu bringen. Wenn man will, kann man das auch tun.

Ich hätte mir auch bei einem zweiten großen Themenblock gewünscht, dass Sie an die Arbeit anknüpfen, sehr schnell Lösungen erarbeiten und erste Impulse setzen. Wir wissen, dass wir beim Platzausbau nach wie vor gravierenden Nachholbedarf haben. Die entsprechenden Erlasse zu ändern, damit vor Ort gebaut werden kann, dauert keine Monate; das haben wir 2017 in wenigen Wochen auf den Weg gebracht. Das könnten Sie schnellstmöglich umsetzen, damit genügend finanzielle Ressourcen vor Ort zur Verfügung stehen.

Darüber hinaus brauchen wir natürlich Fachkräfte. Eine Stabsstelle zu schaffen und Personal einzurichten, führt nicht dazu, dass mehr Menschen in das System kommen, dass wir den Fachkräftemangel in Kitas, bei Tagespflegepersonen, aber eben auch zukünftig beim Rechtsanspruch auf den Offenen Ganztags bewerkstelligen können.

(Eileen Woestmann [GRÜNE]: Was haben Sie denn da gemacht?)

– Diese Vorarbeit gibt es; in den letzten beiden Jahren wurden entsprechende Rahmenbedingungen auf den Weg gebracht. Sie können daran anknüpfen und das entsprechend umsetzen. Ich glaube, jetzt ist nicht der richtige Zeitpunkt, über viele Monate hinweg lange Gesprächskreise zu führen, sondern es geht darum, jetzt zu handeln. Es ist Ihre Aufgabe, Frau Ministerin, dort jetzt aktiv zu werden.

Ich möchte Ihnen heute die Möglichkeit geben, Ihren Haushalt in einigen Punkten zu korrigieren. Bei einer Position wundere ich mich, dass die CDU offensichtlich nicht die Kraft hatte, an das Regierungshandeln der letzten Jahre anzuknüpfen: Wir haben es im letzten Haushalt geschafft, für dieses Jahr die Mittel für die Familienerholung um 1 Million Euro zu erhöhen.

Ich glaube, das war auch ein sehr notwendiges und wichtiges Signal, weil bei der aktuellen AOK-Familienstudie herausgekommen ist, dass 30 % der Familien ihren Gesundheitszustand als schlecht oder sehr schlecht angeben, dass die psychische und die finanzielle Belastung in Familien gestiegen ist. In dieser Zeit kann die Landespolitik einen Beitrag leisten, damit es diesen Menschen besser geht. Sie haben also heute die Möglichkeit, bei der Familienerholung – vielleicht gerade ein Appell an die Union – nachzusteuern.

Kollege Dr. Maelzer war so nett, noch ein weiteres Thema aufzugreifen, das entscheidend ist: Wir haben gerade in den letzten Jahren in der Coronakrise erlebt, dass viele junge Leute gelitten haben, sich aber trotzdem ehrenamtlich engagieren wollten. In der jetzigen Zeit, wo wir im Sommer über das Neun-Euro-Ticket gesprochen haben und in Zukunft über das Deutschlandticket, wäre es doch nötig, gerade den jungen Leuten ein Signal zu senden, dass das Ehrenamt etwas wert ist und den kostenlosen ÖPNV für die Inhaber einer Juleica auf den Weg zu bringen. Das kostet 5 Millionen Euro, und ich glaube, das wäre gut angelegtes Geld, um gerade Kinder und Jugendliche bei der ehrenamtlichen Arbeit zu stärken und ein Signal zu setzen, wie wichtig deren Arbeit ist. Es geht um 6.764 Inhaber dieser Karte; das Signal für sie wäre sehr wertvoll und wichtig.

Bei einem weiteren Punkt würde ich mir wünschen, dass wir alle im Haus diesen Weg gehen. Wir haben das Programm „Aufholen nach Corona“ aufgelegt, weil wir festgestellt haben, dass gerade Kinder und Jugendliche unter der Coronakrise so stark gelitten

haben wie kaum eine andere Gruppe in unserer Gesellschaft. Dort jetzt mit über 64 Millionen Euro den Rotstift anzusetzen, halte ich für völlig falsch. Ich halte es für extrem wichtig, dass gerade die Kinder weiter gestärkt werden müssen, die sich von Corona noch nicht erholt haben. Es ist auch Ihre Aufgabe, nachzusteuern.

Zusammenfassend kann man also sagen: Wir haben viele Baustellen, die Sie nicht angehen. Offensichtlich sind Sie auch nicht bereit, entsprechende Impulse auf den Weg zu bringen; das stellen wir bei den Themen „Fachkräfte“, „Platzmangel“, „U3/Ü3“, „OGS“ und bei Unsicherheiten aufgrund von Energiekosten und Personalkosten fest.

Sie haben heute die Möglichkeit, einen Teil davon zu korrigieren. Deswegen wünsche ich mir, dass Sie unseren Änderungsanträgen zustimmen. Sollten Sie das nicht tun, müssen wir leider den gesamten Einzelplan ablehnen, weil er ansonsten nicht zustimmungsfähig ist. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Christof Rasche: Herzlichen Dank. – Für die Fraktion der Grünen hat jetzt Eileen Woestmann das Wort. Bitte sehr.

Eileen Woestmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Haushaltsverhandlungen zu führen, wenn das Geld üppig fließt und finanziell alles möglich ist, das ist keine Kunst. Einen soliden Haushalt dagegen in Zeiten aufzustellen, in denen an allen Ecken und Enden gespart werden muss, das ist eine Herausforderung. Um die Spannung nicht unnötig lange zu strapazieren: Ich finde, der Haushalt im Einzelplan 07 – Kinder und Familien – ist solide und gut gelungen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Familien leisten Enormes. Gerade die Vereinbarkeit von Familie und Beruf kann nur gelingen, wenn Eltern sich auf die Betreuung der Kinder verlassen können. Das war in den vergangenen Jahren aufgrund der Coronapandemie nicht immer der Fall. Auch heute – ich möchte es überhaupt nicht schönreden – ist die Betreuungssituation angespannt. Aber auch wenn wir uns das alle wünschten, wir können uns die fehlenden Fachkräfte nicht backen. Genau deshalb ist es unserer Koalition ein großes Anliegen, die Menschen zu entlasten, die bereits im System sind, und dafür zu sorgen, dass sie auch im System bleiben.

Mit der lückenlosen Fortführung des Alltagshelferinnen-Programms knüpfen wir genau daran an. Erzieherinnen und Erzieher werden von der nichtpädagogischen Arbeit entlastet und haben so mehr Zeit am Kind, denn die Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher

ist so viel mehr als „nur“ ein bisschen auf die Kinder aufzupassen. Sie begleiten unsere Kinder in den ersten Lebensjahren und legen den Grundstein für das weitere Leben. Sie machen ein Bildungs- und – das ist noch viel wichtiger – ein Bindungsangebot. Das kann nur gelingen, wenn der Fachkraft-Kind-Schlüssel stimmt. Genau deshalb ist es eine so wichtige Aufgabe für die kommenden Jahre, den Beruf der Erzieherin, des Erziehers gesamtgesellschaftlich aufzuwerten und damit attraktiv zu machen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Die Koordinierungsstelle „Fachkräfteoffensive“ im Ministerium ist dafür ein richtiger und wichtiger Ansatz.

Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist.

Darüber haben wir in den vergangenen Wochen und Monaten viel gesprochen. Das ist ein Bundesprogramm, dem dann ziemlich überraschend die Finanzierung entzogen wurde und das nun von den Ländern finanziert werden muss.

Ich durfte mir vor einigen Wochen in meinem Wahlkreis eine Sprach-Kita anschauen und war begeistert von der Motivation und dem Engagement der Fachkräfte. Es wurde sehr deutlich, wie sehr diese Menschen für ihre Arbeit, aber vor allem für ihre Kinder brennen. In Sprach-Kitas wird Sprache ganzheitlich gefördert: während des Essens, beim Spielen, auf dem Flur, im Waschraum. Überall werden Anreize geschaffen, miteinander zu sprechen und vor allem Sprache zu entdecken.

Gerade in Kitas, in denen viele Kinder sind, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, wird mit dem Programm ein Grundstein für Bildungs- und Chancengerechtigkeit gelegt. Ja, wir alle hätten uns eine schnellere Lösung gewünscht und gerne auf das Hin und Her zwischen Bund und Land verzichtet. Aber am Ende kommt es darauf an, wie die Lösung aussieht. Deshalb freue ich mich ungemein, dass eine nahtlose Fortführung der Sprach-Kitas im kommenden Jahr möglich ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Eine weitere wichtige Anlaufstelle für Familien, die kommenden Jahr gestärkt werden soll, sind Familienzentren. Hier laufen verschiedene Hilfsangebote aus den Stadtteilen rund um die Kitas zusammen. Die Hürden für Menschen, sich Hilfe zu holen, ist in bereits vertrauten Räumen deutlich geringer. Dadurch können wir mehr Familien erreichen und so sicherstellen, dass Hilfe wirklich dort ankommt, wo sie gebraucht wird.

Gleiches gilt übrigens für die sogenannten Brückenprojekte, mit denen Familien erreicht werden sollen, die noch keinen Kitaplatz haben. Gerade mit Blick auf die vielen Frauen, die mit kleinen Kindern aus der Ukraine zu uns flüchten, sind diese Brückenprojekte ein

wichtiges Angebot, um ein erstes Ankommen und vor allem das Aufbauen eines ersten Netzwerks zu ermöglichen.

Noch ein Satz zu Corona. Auch wenn es manchmal anmuten lässt, Corona ist noch nicht beendet und hat immer noch Auswirkungen auf unseren Alltag. Genau deswegen müssen wir eine vorausschauende Politik betreiben. Damit Erzieherinnen und Erzieher, aber vor allem auch die Kinder gesund bleiben, ist es absolut richtig, dass im Haushalt auch weitere Mittel dafür hinterlegt sind, um den Kindern in der frühkindlichen Bildung ein Testangebot zu unterbreiten.

Familie ist da, wo Kinder sind? Nicht unbedingt. Denn auch in Nordrhein-Westfalen gibt es viele Paare mit einem unerfüllten Kinderwunsch. Das Land Nordrhein-Westfalen bezuschusst bis zu vier Behandlungszyklen im Rahmen einer Kinderwunschbehandlung. Diese Unterstützung wird fortgeführt.

Gleichzeitig ist aber auch die finanzielle Absicherung der präventiv familienbezogenen Beratungsinfrastruktur ein wichtiges Anliegen. Frauen, aber auch Paare müssen die flächendeckende Möglichkeit haben, Schwangerschaftsberatung, aber auch Schwangerschaftskonfliktberatung in Anspruch zu nehmen, denn die Selbstbestimmung über den weiblichen Körper ist ein hohes Gut, das wir leider immer noch verteidigen müssen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ein Thema, das uns wohl alle eint, ist die Frage danach, wie wir sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche verhindern können. Dafür wurde das Landeskinderschutzgesetz verabschiedet, das eine wichtige und richtige Grundlage für unser gemeinsames Handeln bildet. Rund 85 Millionen Euro werden für Maßnahmen zum Schutz vor sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche, für Fachberatung bei den Landesjugendämtern und für Präventionsangebote in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit eingesetzt.

Wie allgegenwärtig sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche ist, zeigt eine Statistik von der Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, die davon ausgeht, dass pro Schulklasse ein bis zwei Kinder von sexueller Gewalt betroffen sind. So bitter es ist, uns allen muss klar sein, jede und jeder von uns kennt jemanden, der oder die von sexueller Gewalt betroffen ist oder betroffen war. Manchmal ahnen wir etwas, manchmal wissen wir es konkret, aber viel zu oft bleibt diese Form der Gewalt unentdeckt. Deshalb ist es umso wichtiger, dass die Fachkräfte, die mit den Kindern und Jugendlichen zusammenarbeiten, im Bereich „sexualisierte Gewalt“ fortgebildet und qualifiziert sind. Auch dafür sind Mittel im Haushalt eingestellt.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Im Koalitionsvertrag haben wir uns außerdem auf einen gemeinsamen Pakt gegen Kinderarmut verständigt. Alle Kinder in Nordrhein-Westfalen sollen die gleichen Chancen auf Bildung, Teilhabe und ein gutes Leben haben. Dabei ist auch klar, Kinderarmut ist eine ressortübergreifende Aufgabe. Es bedarf eines Netzes vom Bund über die Länder bis zu den Kommunen. „Kinderstark – NRW schafft Chancen“ ist dabei ein wichtiger Baustein, um Kommunen bei dem Aufbau, der Weiterentwicklung und der Koordination von Präventionsketten zu unterstützen.

Ich finde, der Einzelplan 07 zeigt deutlich, dass Kinder und Familien für die Koalition einen hohen Stellenwert haben. Wir führen bewährte Projekte weiter fort. Für SPD und FDP mag das vielleicht ambitionslos klingen. Aber wenn es in einem Haus brennt, dann versucht man erst, das Feuer zu löschen und nicht eine Generalsanierung durchzuführen.

Mit diesem Einzelplan stabilisieren wir die Grundlage, auf der sich unser Regierungshandeln in den nächsten Jahren stützen wird, für Kinder und Familien in Nordrhein-Westfalen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. Für die Fraktion der AfD hat jetzt Frau Zacharias Schalley das Wort. – Habe ich gedacht, steht hier. Falsch! Warum?

(Heiterkeit – Zuruf von Zacharias Schalley [AfD])

– Ach so.

Zacharias Schalley (AfD): Herr Präsident! Werte Damen und Herren! Vor knapp drei Wochen bin ich zum ersten Mal Vater geworden. Unmittelbar nach der Geburt meines Sohnes liefen mir gleich zwei Schauer über den Rücken, einer natürlich aus Freude und Ehrfurcht über das neugeborene Leben, und der andere, als mir klar wurde, dass hier in NRW die Grünen an den Hebeln für die staatliche Familienpolitik sitzen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Oh!)

Ja, Ministerin Paul wird gezwungenermaßen für die ersten Lebensjahre meines Kindes mitverantwortlich sein, und was das bedeutet, hält mich nachts länger wach als der schreiende Säugling in der Wiege.

(Beifall von der AfD)

Die grüne Familienpolitik stammt aus einer Geisteswelt, in der für immer skurrilere Minderheiten Politik gemacht werden soll. Da stellt sich mir genauso wie vielen Eltern in unserem Land die Frage, was mich, meine Familie und vor allen Dingen meinen Sohn erwartet, wenn er in die Fänge der staatlichen Familienpolitik gerät.

Es fängt ja schon in der Schwangerschaft an. Meine Frau und ich sind nicht länger Mama und Papa, sondern jetzt Eltern eins und Eltern zwei.

(Jule Wenzel [GRÜNE]: Was?)

Ist das Kind dann geboren, geht es direkt weiter mit der genderneutralen Erziehung. Ich soll meinem Sohn keine blauen Babyklamotten mehr anziehen dürfen und die Verwandten dazu anhalten, keine Autos zu schenken. Schließlich könnte ihn das in seiner Entwicklung hin zu einem binären Geschlechtsverständnis beeinflussen.

Für alle Verwirrten eine kleine Filmempfehlung: Schauen Sie „Der Kindergarten Cop“ mit Arnold Schwarzenegger. Vorsicht, Triggerwarnung! Dort heißt es so banal wie richtig: Jungen haben einen Penis und Mädchen eine Vagina.

Im Kindergarten wird es für meinen Sohn weitergehen. Entschuldigen Sie, es hat sich ja mittlerweile der sozialistisch anmutende Begriff der „Kindertagesstätte“ etabliert.

In der Kita geht es dann munter weiter mit der Frühsexualisierung, möglicherweise in einer der so laut bejubelten Einrichtungen, in deren Trägerverein Aktivisten im Vorstand sitzen, die sich in der Vergangenheit für die Entkriminalisierung von Pädophilie starkgemacht haben wie in Berlin. Warum sollte man sein Kind dieser Politik aussetzen?

Sie wollen traditionelle Strukturen, wie sie sich über Jahrhunderte bewährt haben, zerstören und fangen dabei schon bei den Kleinsten in unserer Gesellschaft an, im kommenden Haushalt mit mehr als 1 Million Euro durch Projekte wie „Geschlechterreflektierende Angebote in der Kinder- und Jugendarbeit“. Ja, herzlichen Glückwunsch! Diese gefährliche Melange aus Genderideologen und ehrgeizigen Sozialingenieuren malt das Bild des neuen Menschen, bei dem alles möglich ist. Auf der Strecke bleiben dabei das Seelenheil unserer Kinder und Grundtatsachen der Biologie.

Sie wollen Kinder von ihren Familien und ihrer Identität entwurzeln, um sie wie Sand in den Händen nach Belieben zu formen. Das soll Ihnen die Lufthöhe über den Kinderbetten sichern und eine Generation von genderneutralen Personen heranzüchten, die diese Ideologie dann in jede Familie tragen. Es ist wie im bolschewistischen Russland, wo Kinder ihre eigenen Eltern denunzieren sollen. So wollen Sie das „Bolschewoke-Deutschland“ schaffen, in dem in jedem Kinderzimmer ein grüner Kommissar seine Eltern kontrolliert.

Infolge Ihrer Politik wird Transsein zunehmend zu einem gewollt herbeigeführten Trend.

(Jule Wenzel [GRÜNE]: Mein Gott!)

Es ist zu einem Sammelbegriff für sämtliche Varianten rund um die eigene Geschlechtsidentität gewor-

den. Fragwürdige Aufklärungsarbeit in den Schulen, und die Medien leisten ihren Beitrag, Verwirrung über die eigene Identität omnipräsent zu platzieren. Somit ist es doch nicht verwunderlich, dass die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die sich im falschen Körper glauben, seit Jahren in die Höhe schießt. Seit dem Jahr 2013 hat sich die Zahl der entsprechenden Behandlungen verfünffacht. Parallel dazu explodiert auch die Anzahl chirurgischer Geschlechtsumwandlungen.

(Jule Wenzel [GRÜNE]: Meine Güte!)

Dem linksgrünen Mainstream zufolge ist die Gesellschaft aufgeschlossener geworden. Ja, das ist natürlich toll. Tatsächlich folgt die Entwicklung dem Zeitgeist, der unmündigen Kindern weismachen will, Brustamputationen, Pubertätsblocker und schwerste Hormontherapien könne man quasi aus einer Laune heraus ausprobieren wie eine neue Haarfarbe.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Selbst die Bundesregierung rät unentschlossenen Kindern auf ihrem Regenbogenportal skrupellos zur Einnahme von Pubertätsblockern. Über mögliche Folgen gibt es auf dem Portal nichts.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Diese können sich allerdings von einem verminderten Intelligenzquotienten bis hin zur lebenslangen Unfruchtbarkeit strecken.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Die Wahrheit ist allerdings auch – das blenden Sie natürlich geflissentlich aus –, dass der Wunsch, das Geschlecht zu wechseln, in knapp 80 bis 90 % der Fälle von allein wieder verschwindet. Deshalb sind wir als Gesellschaft, insbesondere bei Kindern, verpflichtet, einzuschreiten, sobald ein Wunsch absehbar großes und vor allem irreversibles Leid mit sich bringt. Sie treiben diese Ideologie mit dem Feuereifer der Fanatiker voran und nehmen dafür dauerhaften Schaden an den Seelen und Körpern unserer Kinder billigend in Kauf.

Ihre verquere Weltanschauung wollen Sie bis ins höchst Private, nämlich das Erziehungsrecht der Eltern, mit Hilfe totalitärer Methoden in die Köpfe unserer Kinder pflanzen.

Verstehen Sie mich nicht falsch. Die Vertreter dieses Totalitarismus sind nicht mehr finstere Männer in Uniform, es sind kreischende Frauen mit bunten Kurzhaarfrisuren.

(Nina Andrieshen [SPD]: Sind wir eigentlich noch beim Haushalt?)

Ein weiterer Irrweg, den Sie umso rigorosier beschreiten, sind die Versäumnisse im Bereich der frühkindlichen Bildung. Denn gefühlt jedes Jahr erschüttert die neue Bertelsmann-Studie den Landtag, und wie jedes Jahr passiert wieder einmal nichts.

Über 100.000 Kita-Plätze werden in NRW im kommenden Jahr fehlen. Im bundesweiten Vergleich ist das Rekord. Auch der aktuelle IQB-Bildungstrend zeigt deutliche Einbrüche, vor allen Dingen in den Bereichen Deutsch und Mathematik. Auch wenn Corona hier eine willkommene Ausrede ist, muss doch festgehalten werden, dass dieser Abwärtstrend seit Jahren zu beobachten ist. Eine Ursache davon sind mit großer Sicherheit die Zustände in der frühkindlichen Bildung.

Viele von Ihnen werden es vielleicht noch wissen: Früher wurden in den Kindertagesstätten noch vorschulähnliche Projekte durchgeführt, um Kinder bestmöglich auf das neue Kapitel Schule vorzubereiten. Als Folge des Personalmangels entwickeln sich die Kitas aber zu Kinderverwahranstalten, wo von Bildungsprozessen nicht mehr gesprochen werden kann und die Rasselbande irgendwie betreut werden muss, während die Eltern arbeiten müssen.

(Beifall von der AfD)

Ihre Kita-Politik ist ein Zirkelschluss. Eltern, die arbeiten müssen, um einen Kita-Platz zu bezahlen, den sie nicht bräuchten, wenn sie nicht arbeiten müssten, um einen Kita-Platz zu bezahlen, den sie nicht einmal bekommen. Es ist wie das Zitat aus dem Film „Fight Club“:

„Von dem Geld, das wir nicht haben, kaufen wir Dinge, die wir nicht brauchen, um Leuten zu imponieren, die wir nicht mögen.“

Apropos, Frau Ministerin Paul, Sie reden ja immer gerne von einem Marathon im Kampf um Fachkräfte in der frühkindlichen Bildung. Auch bei einem Marathon muss man irgendwann loslaufen. Ambitionen dazu sind bei Ihnen nicht zu erkennen.

Unser Lösungsansatz dazu ist, berufstätigen Eltern von Kindern unter drei Jahren die Betreuung zu Hause und in der Kita gleichermaßen zu ermöglichen und somit eine echte Wahlfreiheit zu schaffen. Dabei liegen die Vorteile auf der Hand. Eltern können die Betreuung ihres Kindes individuell an ihre eigenen Bedürfnisse und an die Bedürfnisse ihres Kindes anpassen. Auch die Entlastung für die Kita wäre da: gleiches Personal, weniger Kinder, also automatisch bessere Betreuungsqualität. Das Personal würde uns wahrscheinlich die Entlastung sogar noch danken. Übrigens wünscht sich laut einer aktuellen INSA-Studie auch die Mehrheit der Eltern Wahlfreiheit bei der U3-Betreuung anstatt eines Krippenzwangs durch die Hintertür. Aber der Wille der Eltern ist ja das Letzte, was hier interessiert. Das wundert mich auch nicht, wenn ich hier in die interessierten Gesichter schaue.

Eine echte Politik für und nicht gegen Familien und Kinder stellt deren tatsächlichen Bedürfnisse in den Mittelpunkt. Daher werden wir diesen Plan selbstverständlich ablehnen. Und eines kann ich Ihnen

versprechen: Wir von der AfD werden eines Tages die Lufthoheit über die Kinderbetten wieder an die zurückgeben, denen sie gebührt, den Eltern der Kinder. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Christof Rasche: Für die Landesregierung hat jetzt Ministerin Josefine Paul das Wort.

Josefine Paul¹⁾, Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielleicht sollten Sie einfach mal über Ihr Familien- und Gesellschaftsbild reflektieren.

(Lebhafter Beifall von den GRÜNEN – Beifall von der CDU, der SPD, und der FDP)

Sehr geehrte Damen und Herren, Kinder, Jugendliche und Familien in den Fokus unserer Politik zu stellen, ist ein ganz zentrales Anliegen dieser Landesregierung. Das ist auch mehr als nötig; denn es waren gerade junge Menschen, und es waren Familien, die in der Pandemie zu wenig unterstützt und zu wenig gesehen wurden und sich auch genauso gefühlt haben.

Deshalb ist es mir ein besonderes Anliegen: Wir wollen denen zuhören, denen die Zukunft gehört. Deshalb legen wir einen Aktionsplan Kinder- und Jugendbeteiligung auf, weil es mich umtreibt. Es sollte uns alle umtreiben, wenn sich junge Menschen nicht gesehen und nicht gehört fühlen, wenn sie glauben, sie würden für Politik gar keine Rolle spielen und sie könnten in Politik keine Rolle spielen, wenn ihr Recht auf Gehör und Beteiligung auch und gerade in Krisenzeiten nicht eingelöst wird.

Bei allen Vorhaben werden wir diejenigen beteiligen, die Expert*innen in eigener Sache sind, sowie alle relevanten Akteure in den jeweiligen Feldern. Ich bin fest davon überzeugt, dass es Beteiligung ist, die politische Prozesse besser macht und die auch jedes Ergebnis politischer Prozesse besser macht. Das kann man „Arbeitskreis“ nennen, das kann man aber auch einen „beteiligungsorientierten Prozess“ nennen, der sich an dem orientiert, was die Fachleute und die Expert*innen in eigener Sache einem zurückmelden.

Sehr geehrte Damen und Herren, frühkindliche Bildung spielt eine Schlüsselrolle, wenn es um die aktive Teilhabe an Gesellschaft geht. Hier werden die Grundlagen für ein gutes und gesundes Aufwachsen und für gelingende Bildungs- und Zukunftsbiografien gelegt. Deshalb liegt ein ganz zentraler politischer, aber selbstverständlich auch ein ganz zentraler finanzieller Fokus dieses Haushalts auf dem Bereich der frühkindlichen Bildung.

Im Haushaltsjahr 2023 werden wir für das aktuelle Kita-Jahr 2022/2023 Mittel für insgesamt rund 217.000 U3-Plätze und rund 535.000 Ü3-Plätze zur Verfügung stellen. Für das nächste Kita-Jahr haben wir dann Mittel für insgesamt 10.000 zusätzliche Plätze.

Insgesamt stehen in Nordrhein-Westfalen im Haushaltsjahr 2023 rund 4,5 Milliarden Euro Landesmittel für die Kindertagesbetreuung zur Verfügung. Damit steigt der Ansatz des sogenannten KiBiz-Deckungskreises um rund 228 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr.

Das klingt alles sehr technisch, ist aber wichtig, wenn man darauf schaut, dass wir die Plätze in der frühkindlichen Bildung kontinuierlich weiter ausbauen. Ja, es wäre schön, wenn das alles noch schneller gehen würde, aber da muss ich Sie leider enttäuschen. Es ist eben kein Sprint, es ist etwas, was ein gewisses Maß an gemeinsamer Geduld erfordert. Denn wir müssen doch eines festhalten: Über Jahre und Jahrzehnte ist diese Lücke bei den Platzkapazitäten entstanden. Wir werden jetzt deutlich verstärkt genau das angehen müssen. Deshalb überarbeiten wir derzeit auch die Förderrichtlinien, damit Investitionen tatsächlich auch im quantitativen Ausbau wieder ausgebracht und eingesetzt werden.

Für den weiteren Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder bis zum Schuleintritt stehen 115 Millionen Euro zur Verfügung. Wir halten aber auch an der Platzausbaugarantie über die nicht verausgabten Mittel der Vorjahre fest. Ich finde, Kontinuität ist ja nicht immer schlecht. Man kann ja auch gute Sachen fortsetzen.

Natürlich werden wir auch die Revision des KiBiz angehen. Die Revision des KiBiz wird kommen. Der Prozess hat doch schon begonnen, aber – das will ich deutlich unterstreichen – sie passiert gründlich, gerade weil wir um die Webfehler, aber auch um die Komplexität des Themas „KiBiz“ und der Revision und der Notwendigkeiten wissen.

Wichtig ist aber auch: Über das Kinderbildungsgesetz hinaus ist es der Landesregierung ein wichtiges Anliegen, die Kommunen im Bereich der frühkindlichen Bildung, bei der Integration von geflüchteten Familien oder in vergleichbaren Lebenslagen die Menschen zu unterstützen.

Im Bereich der frühkindlichen Bildung ergänzen wir die Angebote durch die sogenannten Brückenprojekte. Auch das ist im Übrigen eine Kontinuität, weil sich diese Ergänzungen im System der frühkindlichen Bildung über die Jahre und auch die unterschiedlichen Landesregierungen bewährt hat.

Die Debatte um die Sprach-Kitas haben wir doch alle noch lebhaft im Ohr. Auf der einen Seite hieß es, das Land müsse endlich retten und nicht nur auf den

Bund zeigen. Der Druck auf den Bund müsse erhöht werden, hieß es auf der anderen Seite.

Wissen Sie, was wir gemacht haben? Währenddessen haben wir die Zusage vom Bund eingeholt, dass er die Förderung bis Mitte des Jahres verlängert, damit wir eben einen lückenlosen Anschluss für diesen wichtigen Bereich erwirken können. Wir haben die Mittel bereitgestellt, um die Förderung der 1.491 Sprach-Kitas zu übernehmen. Ich denke, das ist ein wichtiges Zeichen auch angesichts der Dinge, die uns auch über die IQB-Studie deutlich ins Stammbuch geschrieben worden sind.

(Beifall von Norika Creuzmann [GRÜNE])

Zudem haben wir bereits früh das erfolgreiche Kita-Helfer*innen-Programm verlängert. Die Kita-Helfer*innen zu unterstützen – das wissen wir alle; das haben wir auch alle über die Jahre zu schätzen gelernt, und da muss ich auch noch mal den Finger in die Wunde legen –, das war eine Idee der schwarzen Landesregierung. Und trotzdem hat der gelbe Familienminister immer wieder das Programm zur Disposition gestellt. Es ist eine gemeinsame Anstrengung gewesen, das jetzt auf den Weg zu bringen. Die Opposition hat es damals immer wieder eingefordert, die jetzige Landesregierung ist die Wege zur Verstärkung gegangen. Herr Maelzer, zum Glück ist nicht nur richtig, was umstritten ist, sondern dieses Programm ist unumstritten, und das ist auch richtig so.

Sehr geehrte Damen und Herren, dennoch ist die Situation in vielen Kitas herausfordernd. Das ist mir doch genauso bewusst wie Ihnen. Auch ich höre die Rückmeldungen, die Sie auch bekommen: Fehlen des Personal ist an vielen Stellen ein Problem.

Das Personal ist uns jedoch nicht mit dem Wahltag verlorengegangen, das System ist seit Jahren unter Druck, und deswegen ist es so wichtig, dass wir mit der Einrichtung der Koordinierungsstelle „Fachkräfteoffensive“ und einer entsprechenden Arbeitsgruppe in meinem Haus dieses Problem jetzt endlich angehen.

Im Herbst gab es ein Auftaktgespräch mit zahlreichen Akteur*innen aus den Sozial- und Erziehungsbereichen. Wir werden diesen Prozess nun konsequent weiterführen. Zur Wahrheit gehört doch leider auch, dass eben in den letzten Jahren in diesem Bereich nicht mehr viel passiert ist. Das lässt sich auch nicht alleine mit der notwendigen Bekämpfung der Coronapandemie erklären. Dort ist offensichtlich dieses wichtige Thema doch ein bisschen aus dem Blick geraten. Wir nehmen es jetzt wieder in den Fokus, weil die Qualität der frühkindlichen Bildung mit guten und qualifizierten Fachkräften einhergeht.

Wir werden selbstverständlich auch die aktuelle Situation der Energiekrise in den Blick nehmen. Das haben wir auch im Ausschuss immer wieder diskutiert, und es ist wichtig, darauf einen Fokus zu legen. Nicht

zuletzt in Anbetracht der für Kinder und Jugendliche entbehrungsreichen Erfahrungen der Coronapandemie ist es wichtig, dass wir die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe und insbesondere der Kindertagesbetreuung trotz der derzeitigen Lage weiter aufrecht erhalten. Wir müssen den Kindern die Sicherheit geben, dass ihre Lebenswelten und Lernumfelder nicht wieder geschlossen werden, indem wir alles dafür tun, dass der Betrieb uneingeschränkt weiterlaufen kann.

Es ist gut und richtig, dass es nun seitens der Bundesebene die Gas- und Strompreisbremse gibt. Das wird auch den Trägern vor Ort helfen. Aber unabhängig davon – und das haben wir auch schon miteinander diskutiert – hat das Land mit dem Haushalt Vorsorge getroffen. Wir werden die Einrichtungen der sozialen Infrastruktur nicht alleine lassen. Gerade in Krisenzeiten müssen Kinder, Jugendliche und Familien sich auf eine funktionierende soziale Infrastruktur verlassen können. Sie wissen, dass wir daran arbeiten, zu ermitteln, welche weiteren Hilfen notwendig sind, damit wir diese Infrastruktur konkret unterstützen können.

Ein Thema, das mir sehr am Herzen liegt, ist die große Anzahl von Familien, Kindern und Jugendlichen, die in Nordrhein-Westfalen in Armut leben. Das muss uns alle umtreiben, denn eine so große Gruppe, die von Armut betroffen oder von Armut bedroht ist, können wir in einem so reichen Land nicht hinnehmen. Die Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut ist für mich eine zentrale Frage der sozialen und der Generationengerechtigkeit. Hier entscheiden sich die Zukunftschancen, und hier entscheidet sich, ob alle Kinder in Nordrhein-Westfalen faire Zukunftschancen haben.

Dementsprechend haben wir die ersten Schritte für einen Pakt gegen Kinderarmut auf den Weg gebracht. In der vergangenen Woche hat unser Auftakt zum Pakt gegen Kinderarmut stattgefunden. Auch hier gibt es einen Beteiligungsprozess, weil es wichtig ist, diejenigen, die es betrifft und diejenigen, die in den Einrichtungen mit den Familien arbeiten und Unterstützung leisten können, miteinzubeziehen.

Außerdem gehen wir in der neuen Legislaturperiode mit der Umsetzung und Weiterentwicklung des Landeskinderschutzgesetzes NRW gemeinsam – wie ich doch hoffe – den nächsten Schritt zur Fortentwicklung des Kinderschutzes. Wir stehen hier nämlich vor einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe, die wir nur gemeinsam bewältigen können. Insgesamt stehen für die Umsetzung des Landeskinderschutzgesetzes rund 85 Millionen Euro zur Verfügung.

Mir ist wichtig, dass wir den Weg der Stärkung des Kinderschutzes auch weiterhin gemeinsam gehen. In der vergangenen Legislaturperiode haben wir den Weg gemeinsam begonnen, und ich wünsche mir

sehr, dass wir als einen ersten Schritt dort ansetzen, wo wir wichtige Aspekte auf den Weg gebracht haben. Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode miteinander verabredet, dass wir auch die weiteren Schritte gemeinsam gehen wollen.

Ein weiterer Punkt, der für mich sehr wichtig ist: Die Landesregierung steht für eine einmischende und eigenständige Jugendpolitik. Das zeigt sich nicht nur im Namen des Ministeriums, sondern vor allem an den Inhalten. Auf den Aktionsplan „Jugendbeteiligung“ habe ich schon hingewiesen, aber Kernelement der Jugendpolitik und der Kinder- und Jugendarbeit – auch darauf ist schon hingewiesen worden – ist der Kinder- und Jugendförderplan. Ungeachtet des noch laufenden Prozesses der Neuaufstellung des Kinder- und Jugendförderplans haben wir im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens die Dynamisierung für 2023 fortgesetzt.

Der Plan ist derzeit in der Erarbeitung, wir sind noch in der Diskussion darüber. Natürlich werden wir wichtige neue Akzente setzen und Themen aufnehmen, wie beispielsweise die Frage der mentalen Gesundheit. Weitere Dinge werden wir mit den Akteurinnen im Feld diskutieren, weil ich glaube, dass das wichtig ist. Einen Kinder- und Jugendförderplan muss man mit jenen diskutieren, die die einmischende und eigenständige Jugendpolitik am Ende mit Leben füllen sollen.

Mit diesem Haushalt wollen wir Kinder, Jugendliche und Familien nachhaltig stärken. Wir wollen faire Zukunftschancen für alle Kinder und Jugendlichen. Wir wollen die Strukturen der Familienberatung, der Familienbildung, aber auch der Familienerholung weiter stärken. Wir wollen faire Zukunftschancen für alle Kinder und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen. Wir sind da noch auf dem Weg, und wir haben noch ein gutes Stück vor uns, aber gemeinsam mit den Akteuren gehen wir diesen Weg konsequent an. Dafür steht auch dieser Haushaltsentwurf.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Sie haben noch 2 Minuten und 30 Sekunden, möchten keine Sekunde verlieren und stehen deshalb schon hier. Für die Grünen hat Dagmar Hanses das Wort.

Dagmar Hanses* (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Ich erkläre gern, warum die grüne Fraktion noch einmal spricht. Im Koalitionsvertrag von CDU und Grünen bekennen wir uns zu einer eigenständigen, einmischenden Jugendpolitik. Aus Sicht der Grünenfraktion darf sich das auch in der Haushaltsberatung widerspiegeln. Ich möchte Sie deshalb nochmals auf die vielleicht schönsten 130 Millionen Euro dieses Einzelplans aufmerksam machen, nämlich denen für den Kinder- und Jugend-

förderplan, mit dem auch die Ministerin geschlossen hat. Er ist das zentrale Förderinstrument der Kinder und Jugendarbeit.

Über die Wortbeiträge von Herrn Maelzer und Herrn Hafke habe ich ein wenig gestaunt. Sie kennen doch das Verfahren, wie die neue Förderperiode auf den Weg gebracht wird. Wir werden das hinsichtlich der 130 Millionen Euro gerne gemeinsam mit allen Akteurinnen und Akteuren neu aufstellen. Ich kann mich, wie vielleicht auch andere Lebensältere, noch erinnern, dass das mal weniger als 80 Millionen Euro waren. Die Dynamisierung ist in diesem Bereich besonders wichtig, denn mit diesen 130 Millionen Euro werden viele wertvolle Dinge im Land umgesetzt.

Wir unterstützen die Kommunen bei der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Wir unterstützen die landesweiten Träger, die Jugendsozialarbeit, die verbandliche Jugendarbeit, die Qualifizierung der Freiwilligendienste und viele andere Maßnahmen. Ich empfehle Ihnen, sich vor Ort, in Ihren Wahlkreisen, in Ihren Kommunen, anzuschauen, was mit diesem wichtigen Instrument alles ermöglicht wird.

Wir haben hier die zweite Lesung des Haushalts, vielleicht können wir in der dritten Lesung einige Dinge, die angesprochen wurden, gemeinsam umsetzen und dann den Aktionsplan „Jugendbeteiligung“ – der von der Ministerin auch schon angesprochen wurde – auf den Weg bringen.

Lassen Sie uns gemeinsam für eine eigenständige und einmischende Jugendpolitik in Nordrhein-Westfalen kämpfen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Christof Rasche: Herzlichen Dank. – Wir haben im Einzelplan 07 den Bereich „Familie, Kinder und Jugend“ beraten.

Ich rufe auf:

b) Flucht und Integration

Ich eröffne erneut die Aussprache. Es liegen Wortmeldungen vor. Es beginnt für die SPD-Fraktion: Volkan Baran.

Volkan Baran (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Präsident! Wir beraten heute das erste Mal den Haushaltsentwurf der schwarz-grünen Landesregierung. Ich muss ehrlicherweise sagen, dass ich gerade vor dem Hintergrund eines grünen Ministeriums sehr gespannt war, wie viel Progressives sich darin wiederfindet und welche Themen dort angefasst worden sind, die die letzten Jahre eher ausgesessen wurden. Das gespannte Warten

war nach dem ersten Blick in den Haushaltsplan nicht gerechtfertigt. Er ist weder aufregend noch progressiv, sondern eher ambitionslos.

Liebe Frau Ministerin, ich habe bereits im Ausschuss angekündigt, dass wir uns melden werden, wenn wir mit etwas nicht einverstanden sind. Um es auf den Punkt zu bringen: Warm, trocken und satt reichen nicht für eine aktiv gestaltende Integrationspolitik, wie sie in einem modernen Einwanderungsland wie Nordrhein-Westfalen angemessen wäre.

Menschsein ist Gemeinschaft, und Gemeinschaft muss gemeinsam gestaltet werden. Wir müssen Möglichkeiten für Teilhabe schaffen, Sprachkurse anbieten, Menschen mit Trauma beraten, Geflüchteten die Möglichkeit geben, hier Arbeit zu finden. Vor allem aber müssen wir die Potenziale aller Menschen Nordrhein-Westfalens nutzen, und nicht nur die der Menschen ohne Migrationshintergrund.

Im Integrationsteilhabegesetz haben alle demokratischen Fraktionen in diesem Hause anerkannt, dass die Integration ein Prozess mit drei Ebenen ist. Integration besteht aus Ankommen, Teilhabe und Gestaltung. Trotzdem haben wir das Gefühl, dass wir ständig an die letzten beiden Punkte erinnern müssen.

Wir sind zwar – das ist wichtig – auch für Unterbringung und Ankunft zuständig, aber nicht ausschließlich dafür. Wir müssen die Lebensbedingungen und die Chancen aller Menschen mit internationaler Familiengeschichte in unserem Bundesland deutlich verbessern. Hierfür geschieht zu wenig, und hierzu habe ich zu wenig im Haushalt gefunden. Sie haben zwar mittlerweile damit angefangen, die Kommunen bei der Unterbringung von Geflüchteten stärker zu unterstützen, aber auch dies wieder deutlich zu spät, und Sie haben bei den integrationsunterstützenden Maßnahmen nicht genug Gelder vorgesehen.

Was meinen Sie denn, wo die Menschen landen werden, wenn sie erst einmal angekommen sind? Es ist doch nur folgerichtig, dass der Bedarf an Sprachkursen, Beratungsangeboten und vielem mehr deutlich steigen wird. Sobald die Menschen in ihren Unterkünten angekommen sind, müssen wir reagieren. Wir müssen jetzt Gelder in die Infrastruktur der integrationsunterstützenden Maßnahmen investieren und zusehen, dass wir genug Träger haben, die diese Maßnahmen anbieten. Zweifelsohne können wir nur so auf den größeren Bedarf reagieren.

Schon in der Aussprache zu Ihrer Regierungserklärung, Frau Ministerin Paul, habe ich auch die ungenügende interkulturelle Öffnung des öffentlichen Dienstes angeprangert. Bei der Einstellungspolitik sind oft Vorurteile prägend. Wir halten weiterhin daran fest, dass die Wiedereinführung der anonymisierten Bewerbungsverfahren ein wichtiges Signal wäre. Auch die Regierung erkennt an, dass dieses Thema vorangetrieben werden muss; nur tut sie reichlich

wenig dafür. Dafür, dass auch das Ministerium an diesem Thema schon seit Jahren arbeitet, gibt es wenig Veränderung. Wir sind nicht mehr am Anfang der Legislaturperiode. Von daher erwarten wir, dass wir sehr zeitnah auch in diesem Bereich Ergebnisse sehen.

Insbesondere mit Blick auf den Fachkräfte- bzw. teilweise sogar auf den Arbeitskräftemangel – wir haben gerade darüber gesprochen; wir reden sogar den ganzen Tag darüber – kann ich es nicht nachvollziehen, warum die Landesregierung eine so große Gruppe, ein so großes Potenzial für den öffentlichen Dienst einfach ignoriert.

Wir sehen aber auch im aktuellen Haushalt einiges, das gut ist. Das möchte ich hier nicht unerwähnt lassen. Wir treffen dort Altes und Bekanntes, das mehr Geld oder gar eine verstetigte Förderung erhält. Dies ist erst einmal richtig und erfreulich. An dieser Stelle möchte ich beispielsweise das Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung und das DO-MiD nennen. Wir begrüßen es auch, dass endlich Gelder an die Kommunen für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen fließen. Die erste Tranche wird durchgereicht. Wir hoffen, dass auch die nachkommenden Gelder weiter durchfließen werden.

Auch Ihr Haushalt spricht Bände darüber, wie eindimensional Sie Integration verstehen. Nordrhein-Westfalen ist ein Bundesland, das eine stark bewegte Geschichte hat und stark von Migration und Gastarbeit geprägt ist. NRW hat mehr als nur eine internationale Familiengeschichte; es hat unzählige. Wir haben Erfahrungen mit unterschiedlichen Migrationsereignissen, und wir wissen, was es braucht, um Integration zu gestalten.

Trotzdem haben Sie zu einer Zeit, in der die Flucht- und Einwanderungsbewegung auf einem Hoch sind und unsere Themen über die Basisversorgung von Geflüchteten hinausgehen müssten, einen Haushalt aufgestellt, der Integration zu einseitig betrachtet. Sie haben sich meiner Meinung nach zu wenig Zeit genommen, um einen Haushalt aufzustellen. Sie haben uns als Opposition, dem Parlament zu wenig Zeit gegeben, um sich damit adäquat auseinanderzusetzen. Außerdem ist die Beantwortung unserer Fragen viel zu spät passiert. Das ist, wie ich es auch im Ausschuss schon gesagt habe, keine Basis für eine wirklich gute Zusammenarbeit. Ich hoffe, das ändert sich.

Aus meiner Sicht haben Sie durch die Titelverlagerung im Bereich „Integration“ auch dazu beigetragen, dass die Vergleichbarkeit mit den Vorjahren erheblich erschwert worden ist.

In Betrachtung all dessen werden wir den Einzelplan 07 ablehnen. – Glückauf und Danke schön.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die CDU-Fraktion hat der Kollege Daniel Panske das Wort.

(Thorsten Schick [CDU]: Daniel muss ein guter Mann sein! – Norwich Rüße [GRÜNE]: Dietmar ist auch gut!)

Dietmar Panske (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es heute schon häufig gehört, aber der Haushalt 2023 ist natürlich von einer Zeit multipler Krisen geprägt. Das gilt gerade für diesen Teil des Einzelplans 07 in ganz besonderem Maße.

Ich glaube, es wird jeder anerkennen, dass er natürlich im Wesentlichen vom völkerrechtswidrigen Angriffskrieg von Putin gegen die Ukraine geprägt ist und selbstverständlich auch vom verstärkten Zuzug weiterer Schutzsuchender aus anderen Kriegs- und Krisengebieten.

Er stellt aber trotzdem die richtigen Weichen für die Teilhabe- und Integrationspolitik des schwarz-grünen Koalitionsvertrages. Wir legen nämlich im Einzelplan den Grundstein für eine moderne, vorausdenkende Integrationspolitik, für ein vielfältiges und buntes NRW mit gelebter Humanität gegen Rassismus, Hetze und Hass sowie gegen Antisemitismus aber für Chancengerechtigkeit. Es ist ein Haushalt mit verstärkten Maßnahmen zur Demokratieförderung, gegen Diskriminierung und für Salafismus- und Extremismusprävention.

Wir bekennen uns mit diesem Haushalt uneingeschränkt zur Verantwortung gegenüber den Städten und Gemeinden, sie in dieser herausfordernden Situation nicht alleine zu lassen.

Erstens erhöhen wir dauerhaft die Unterbringungs-kapazitäten in den Landeseinrichtungen, um den Druck von den Kommunen zu nehmen.

Zweitens braucht es auch in schwierigen Zeiten Klarheit und Planungssicherheit. Deshalb erhalten die Kommunen über 1 Milliarde Euro mehr vom Land NRW. Das hat der Ministerpräsident gerade erst, Mitte November, mit den kommunalen Spitzenverbänden ausgemacht. Erfolgreiche Integration und Teilhabe – da sind wir uns einig – werden nämlich vor Ort in den Städten und Gemeinden gemacht.

Deswegen packen wir auch erstmalig einen definierten Dynamisierungsfaktor mit rein, damit die integrationspolitische Infrastruktur besser finanziell ausgestattet ist. Auch da sorgen wir für Planungssicherheit vor Ort.

Wichtig ist außerdem, wie auch der Kollege Baran ausgeführt hat, dass wir die Arbeit der Migrantenselbstorganisationen weiter stärken. Sie sind doch fester Bestandteil unserer Zivilgesellschaft und ein wichtiger Akteur bei der Integrationsarbeit, und sie

leisten einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Entscheidend ist und bleibt, dass der Erwerb der deutschen Sprache ein wesentlicher Schritt, um am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben teilzunehmen zu können, und damit ein Schlüssel für Integration ist. Deshalb finden sich im Haushalt auch unterschiedliche Ansätze, um das Lernen der deutschen Sprache und die Mehrsprachigkeit stärker zu fördern – egal, ob es die Sprach- und Bildungsprogramme für die Jüngsten, die schulnahen Bildungsangebote in den Aufnahmeeinrichtungen oder die erfolgreichen Basissprachkurse zur Arbeitsmarktintegration sind.

Die Menschen, die zu uns gekommen sind, wollen, wie die Akteure vor Ort sagen, unsere Sprache lernen und ihren Lebensunterhalt selbst verdienen.

Die Sprachförderung liegt in großen Teilen in der Verantwortung des Bundes. Bürokratische Hürden bei BAMF-Sprachkursen sorgen aber immer wieder und vor allem im ländlichen Raum für Schwierigkeiten. Mal ist es die vorgeschriebene Mindestteilnehmerzahl, dann der zu dünn ausgebaute öffentliche Nahverkehr oder eine fehlende Kinderbetreuung, die eine Sprachausbildung unmöglich machen. Deshalb ist die flankierende Sprachausbildung, gefördert durch das Land NRW, wichtig und im Haushalt verankert.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Herr Kollege Baran, weil Sie es eben angesprochen haben: Als CDU NRW haben wir uns vor einigen Wochen mit einer Aachener Erklärung klar dazu bekannt, die Menschen, die in den letzten Jahren zu uns gekommen sind, schneller und besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren und dafür mit Fördern und Fordern die richtigen Ansätze zu setzen.

Die Situation am deutschen Arbeitsmarkt wird nämlich zunehmend drastischer. Es fehlen Handwerker, Krankenschwestern, Pfleger und Ingenieure. Wir haben aber nicht nur ein Fachkräfteproblem, sondern auch einen akuten Arbeitskräftemangel. Umso wichtiger ist es, dass wir die Potenziale der Menschen nutzen, die in den letzten Jahren zu uns gekommen sind. Wer sich bewährt, wer die Sprache gelernt hat, wer sich in die Gesellschaft integriert, wer fleißig ist und seinen Lebensunterhalt selber verdienen kann, soll also die Möglichkeit für einen dauerhaften Aufenthaltstitel und damit zum sozialen Aufstieg in unserer Gesellschaft erhalten.

Diese Koalition bekennt sich aber auch dazu, dass dieses Land nur funktioniert, wenn Spielregeln eingehalten werden. Deshalb werden Straftäter und Gefährder weiterhin konsequent abgeschoben.

(Beifall von Thorsten Schick [CDU])

Eine vorausschauende Integrationspolitik braucht Verlässlichkeit, Verbindlichkeit und eine sinnvolle Verzahnung von klugen Ansätzen und Angeboten – lokal, regional und landesweit. Vorausschauende Integrationspolitik muss immer Integrationspolitik aus einem Guss sein. Dafür stellt dieser Einzelplan eine gute Grundlage – ich sage es noch mal – in schwierigen Zeiten dar. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN –
Thorsten Schick [CDU]: Sehr gut, Daniel!)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die FDP-Fraktion spricht nun der Kollege Marc Lürbke.

Marc Lürbke (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst möchte ich auf die positiven Aspekte des Haushaltsplans eingehen. Wenn man sich ihn mal genauer anschaut, sieht man, dass das Beste an Ihrem Entwurf, ehrlich gesagt, die gute Vorarbeit, die weiter klar erkennbare Linie von Joachim Stamp und der integrationspolitische Kurs der letzten fünf Jahre sind, den Sie mit diesem Haushaltsplan ja weitestgehend fortsetzen.

Eine höhere Verbindlichkeit und eine Stärkung integrationspolitischer Infrastruktur war und ist der richtige Weg. Das ist erst mal gut.

Wahr ist aber auch, dass man eigene Akzente von Schwarz-Grün in diesem Haushaltsplan wirklich mit der Lupe suchen muss. Es ist gar nicht so einfach, die zu finden. Der Kollege Baran hat eben darauf hingewiesen. Durch die Verschiebungen im Haushalt war das wahrlich nicht so leicht. Also: eigene Akzente – eher Fehlanzeige.

Angesichts der aktuellen Herausforderungen aufgrund von Energiekrise und Preissteigerungen war es von der vorherigen Landesregierung, wie ich finde, sehr weitsichtig, im Teilhabe- und Integrationsgesetz die Anpassung der Fördersummen an Tarifsteigerungen und Erhöhungen der Verbraucherpreise zu knüpfen. So haben wir nämlich bereits vor einem Jahr eine langfristige und verlässliche Finanzierung und damit auch mehr Planungssicherheit gerade für die Integrationsarbeit von Kommunen und freien Trägern geschaffen. Diese Weichenstellung wird im neuen Haushalt weiter umgesetzt – so weit, so gut.

Man kann es aber gar nicht oft genug sagen, dass Sie in diesem Jahr mit dem historisch kurzen Haushaltsberatungsverfahren die Beratungen für uns als Abgeordnete massiv erschwert haben. Das haben wir ja auch im Ausschuss besprochen. So richtig war eine ernsthafte Befassung kaum möglich.

(Beifall von Angela Freimuth [FDP])

Allein dieses Vorgehen ist Grund genug, dem Einzelplan nicht zustimmen zu können.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wenn man dann doch die Lupe rausholt und schaut, wo die eigenen Akzente sind, dann kommt dabei heraus, dass ich nur das Zeugnis ausstellen kann, dass auch das nicht gerade sehr geglückt ist, Frau Ministerin.

Es fällt auf, dass einzelne institutionelle Förderungen deutlich über eine Inflationsanpassung hinaus erhöht werden. Aus unserer Sicht ist zumindest fragwürdig, jetzt zusätzliche Stellen zu fördern, die langfristig Mittel binden. Angesichts der aktuellen Krise und den damit verbundenen Belastungen und Einschränkungen in vielen Bereichen ist das eher ein falsches Signal.

Schwarz-Grün will einerseits eine außergewöhnliche Notsituation gemäß Landeshaushaltsordnung feststellen, andererseits aber politische Wunschvorstellungen erfüllen. Das passt nicht recht zusammen und zeigt letztlich auch nur, dass diese schwarz-grüne Finanzpolitik am Ende nicht glaubwürdig ist.

Wir brauchen weiter eine vorausschauende, aktiv steuernde und verbindliche Migrationspolitik. Nordrhein-Westfalen ist Einwanderungsland, und da gibt es sehr viel zu tun. Dazu zählen neben Wegen der legalen Einwanderung und der humanitären Verpflichtung zur Aufnahme von Schutzsuchenden eben auch eine Begrenzung von illegaler Migration und die Rückführung von Menschen ohne Aufenthaltsberechtigung.

Humanität und Ordnung gehören für uns zusammen, und wir werden sehr genau darauf achten, Frau Ministerin Paul, dass dieser Kurs auch unter einer grünen Ministerin nicht aufgeweicht wird.

Denn auch die Rückführung und insbesondere die Abschiebung von Straftätern und Gefährdern sind wichtig für die Akzeptanz einer humanitären Migrationspolitik. Ich würde mich hier wirklich freuen, wenn Sie auch in diesem Bereich die konsequente Linie von Joachim Stamp fortsetzen würden.

Wir erwarten, dass die Entscheidungen im Bund zur Rückführungsoffensive zeitnah erfolgen, aber das ist kein Freifahrtsschein für Nordrhein-Westfalen, in diesen Fragen solange nichts zu tun, denn das Land Nordrhein-Westfalen kann den Bund dabei eben auch aus eigener Kraft unterstützen.

Die Ordnungsbehörden in Bielefeld, Essen, Köln sowie in den Kreisen Coesfeld und Unna wurden vom Land als zentrale Ausländerbehörden festgelegt. Die ZAB übernehmen im Rahmen der Rückführung Ausreisepflichtiger wesentliche Aufgaben bei der Unterstützung der kommunalen Ausländerbehörden und sollen so dazu beitragen, Rückführungsprozesse

besser zu steuern, um die Kommunen zu entlasten. So weit, so bekannt.

Deswegen müssen wir aber auch den von der Vorgängerregierung begonnenen Ausbau dieser ZAB unbedingt fortsetzen. Im Haushalt 2022 wurde die Erstattung des Landes für die ZAB auf knapp 47 Millionen Euro erhöht. Für eine erfolgreiche Rückführungsoffensive fordern wir mit unserem Änderungsantrag auch eine weitere Aufstockung.

Ich würde mich hier sehr über Zustimmung freuen, denn die Kommunen stehen derzeit bei der Unterbringung, Versorgung, Integration von Geflüchteten vor ganz besonderen Herausforderungen. Das wissen wir, und daher brauchen wir spürbare Entlastung für die Kommunen. Auch hier ist noch Luft nach oben – ganz sicher.

Das Land muss die Kapazitäten in seinen Einrichtungen deutlich ausbauen und dafür die nötigen Mittel bereitstellen. Wir erwarten auch, dass die Mittel des Bundes für die Aufnahme von Geflüchteten dann eins zu eins an die Kommunen weitergeleitet werden. Dazu fehlt uns aber bislang immer noch ein klares Bekenntnis von Schwarz-Grün.

Fazit: Meine Damen und Herren, Sie haben unbestritten bei der Migrationspolitik in schwierigen Zeiten große Hausaufgaben vor sich. Wir erwarten deshalb auch deutlich mehr Engagement und Ambitionen in diesen Fragen. Dieser Haushaltsplan wird dem aber leider so nicht gerecht. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von Angela Freimuth [FDP])

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Fraktion der Grünen hat jetzt die Kollegin Eglence das Wort.

Gönül Eglence (GRÜNE): Klappt doch!

Vizepräsident Christof Rasche: Ja.

Gönül Eglence (GRÜNE): Wunderbar. – Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleg*innen der demokratischen Fraktionen! Wir befinden uns in einer der herausforderndsten Zeiten überhaupt – das haben wir heute mehrfach gehört. Die Folgen der Coronapandemie sind für viele Menschen, für unsere Wirtschaft und Gesellschaft nach wie vor spürbar. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Wladimir Putins auf die Ukraine im vergangenen Februar führte zur Krise in einer Krise, die wiederum viele Millionen Menschen direkt betrifft.

Putin ist dafür verantwortlich, dass Familien getrennt werden, unzählige Menschen geliebte Angehörige oder ihr Zuhause verlieren. Hier in NRW stoßen sie glück-

licherweise auf große Hilfsbereitschaft in den Kommunen. Menschen zeigen sich trotz eigener Sorgen solidarisch, um in der Not zu helfen. Dafür muss man an dieser Stelle auch einmal einen Dank aussprechen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Gleichzeitig möchte ich die Botschaft rausschicken: Wir werden uns nicht von Putin spalten lassen, und wir werden das friedliche Zusammenleben in unserer Einwanderungsgesellschaft weiter hochhalten.

Klar ist heute auch: Die Krisen bzw. ihre Auswirkungen werden nicht weniger. Daher ist es unsere humanistische Pflicht, hier Vorkehrungen zu treffen, ohne unsere bestehenden Aufgaben aus dem Blick zu verlieren.

Der Fachbereich „Flucht und Integration“ steht deshalb besonders im Fokus. Die oberste Aufgabe derzeit ist es, den Menschen den Schutz zu bieten, den sie brauchen. Sie brauchen Unterkunft. Deshalb werden derzeit alle Unterbringungsplätze, die möglich sind, hochgefahren. Als grüne Fraktion haben wir gleichzeitig den Anspruch, dass Standards bei der Unterbringung gehalten werden.

Gewaltschutz und Versorgung besonders vulnerabler Gruppen sind weiterhin ein Kernanliegen, und da wollen wir hinkommen. Deshalb ist es auch so wichtig, dass trotz der schwierigen Haushaltslage das Programm „Soziale Beratung von Geflüchteten“ weiterhin mit 35 Millionen Euro finanziert wird.

Ich freue mich ganz besonders, dass wir im Bereich „Teilhabe und Integration“ den Titel zur Förderung der Migrant*innenorganisationen erhöhen konnten. Sie sind als Teil der Zivilgesellschaft eine der tragenden Säulen bei der Teilhabe.

Zur Teilhabe gehört außerdem eine Kultur der Würdigung. Es ist daher ein wichtiger Meilenstein, dass das DOMiD als bundesweit einzigartiges Projekt im kommenden Jahr landesseitig mit rund 730.000 Euro gefördert wird. Als Bundesland mit den meisten Menschen mit internationaler Familiengeschichte ist es ein wichtiges Zeichen, dass ein solches Museum in NRW seinen Standort bekommt.

Ein Großteil des Integrationsbudgets geht in die Strukturen des kommunalen Integrationsmanagements. Dafür müssen wir sicherstellen, dass die Strukturen, die wir fördern, auch effektiv und effizient sind. Für die geplante Evaluation stehen daher 600.000 Euro bereit.

Wer über die Zukunft spricht, muss auch über den Spracherwerb sprechen. Sprache ermöglicht Teilhabe – das haben wir auch heute gehört. Die kofinanzierten ESF Basissprachkurse finden sich daher in unserem Haushalt wieder und sollten nach Bedarf ausgeweitet werden.

Das Haushaltjahr 2023 erlaubt keine großen Sprünge. Ungeachtet dessen arbeiten wir jeden Tag für mehr Chancengerechtigkeit und Diskriminierungsfreiheit. Wir als Grüne stimmen dem Einzelplanentwurf daher zu.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Frau Seli-Zacharias für die AfD, bitte.

Enxhi Seli-Zacharias^{*)} (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Integrationshaushalt hätte sich die einmalige Chance geboten, Doppelstrukturen aufzubrechen, das Ausländerrecht stärkende Maßnahmen zu ergreifen und freiwillige Leistungen spätestens jetzt zurückzunehmen, die man meinetwegen bei üppiger Kassenlage hätte rechtfertigen können.

Da fange ich auch schon direkt an: Muslimisches Engagement in NRW wird wieder mit 2 Millionen Euro gefördert. Soweit, so gut.

Für dieses sogenannte muslimische Engagement existiert aber noch eine separate Koordinierungsstelle, die dem Ministerium angegliedert ist. Auf unsere Anfrage hin konnte die Landesregierung nicht klar beziffern, welche Mittel diese Koordinierungsstelle für die Durchführung von Veranstaltungen zusätzlich erhält.

Hier wird vorsorglich schon einmal Geld lockergemacht – und das, obwohl wir es hier zum Teil mit islamistisch beeinflussten Teilnehmern zu tun haben. Dazu zählte beispielsweise in der Vergangenheit als wichtigste Organisation von Anhängern der Muslimbrüderschaft in Deutschland die Deutsche Muslimische Gemeinschaft.

Gleiches gilt für die aus heiterem Himmel angehobenen Mittel für die sogenannten Selbstorganisationen von Migranten – um 23 %; in Zahlen: einfach mal so um 630.000 Euro – und das, obwohl seit 2017 fortwährend immer die gleichen Mittel zur Verfügung standen. Doch diese Landesregierung ist in diesen Zeiten besonders großzügig.

57 % mehr sind für die institutionelle Förderung an das Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland vorgesehen. Ihr neuer Ansatz beträgt 730.500 Euro – und das alles für ein neues Museumskonzept.

Um deutlicher nachvollziehen zu können, auf welcher Basis diese Landesregierung Geld lockermacht, stellten wir die Frage an die Ministerin, warum nun die Zuschüsse an die Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung erhöht wurden. Für welche konkreten Forschungsgegenstände, für welche produktiven und gewinnbringenden Ziele denn nun genau? Und was war die Antwort dieser Landes-

regierung? Die Situation in der Türkei und die der Türkeistämmigen in NRW ist einer fortlaufenden Entwicklung unterworfen, sodass sich stets neue Forschungsaspekte ergeben. Halleluja! Wer auch immer diese Antwort verfasst hat – Respekt: Das ist geballte Kompetenz.

Das, meine verehrten Damen und Herren, ist eine Unart, Steuergeld zu verteilen. Diese Art von Zuweisungen erinnert an Nepotismus und ist in Zeiten, in denen die Inflation Löhne auffrisst, sträflich und zu tiefst verachtenswert.

(Beifall von der AfD)

Gerade deshalb haben wir als AfD die ersatzlose Streichung dieser Position verlangt. Aber weil Sie auf dieser Basis Geld verschenken, wundert es mich auch nicht, dass Sie eine freiwillige – davon war jetzt hier auch oft die Rede; ich betone: freiwillige – institutionelle Förderung des Flüchtlingsrates NRW in Höhe von 382.300 Euro protegieren, obwohl Sie hier schlichtweg Lobbyarbeit finanzieren – und das, obwohl ohnehin als freiwillige Leistung des Landes 35 Millionen Euro für die soziale Beratung von Flüchtlingen jedes Jahr verausgabt werden.

Wo landet das Geld? Bei den herkömmlichen, uns allen bekannten karitativen Organisationen.

In Zeiten wie diesen – wir alle sprechen von einer angespannten Haushaltslage –, in denen Mütter darüber nachdenken, ob es zu Nikolaus etwas weniger Schokolade für die Kinder sein darf, muss Schluss sein mit freiwilligen Leistungen an pseudo-humanistische Vereine, die seit Jahren von der illegalen Migration ihren Lebensstil unterhalten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der AfD – Kirsten Stich [SPD]: Einfach unmöglich!)

Klar ist auch, dass diese Landesregierung stets null zur Entlastung der kommunalen Ausländerbehörden durch die Stärkung der zentralen Ausländerbehörden beisteuert.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal ganz ausdrücklich und aufrichtig den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor Ort in den Behörden danken, die mit ihrer überwältigenden Leistung

(Kirsten Stich [SPD]: Beschämend, das zu hören!)

zum Schutz unseres Rechtsstaates beisteuern. Danke an die Kollegen in den kommunalen Ausländerbehörden!

(Beifall von der AfD)

Ja, dort ist viel zu tun. Denn anders, als der Kollege von der CDU es gerade sagte, befinden sich unverändert zum Vorjahr etwa 75.000 ausreisepflichtige Menschen in NRW. Diese Behörden müssen endlich einen erheblichen Mittelzuwachs für die Durch-

führung und Umsetzung dieser Ausweisungen und somit die Einhaltung des Ausländerrechts erhalten. Dies wäre ein Anfang, um dem Migrationschaos Herr zu werden.

Stattdessen ist dieser Haushalt aber ein Abbild einer linken Agenda, die durch tiefe Verstrickungen mit der karitativen Szene, Lobbyzuschüssen und legaler Unterstützung von islamistischen Organisationen den Selbsterhalt finanziert. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die Landesregierung spricht nun Frau Ministerin Paul.

Josefine Paul^{*)}, Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Um es ganz klar zu sagen: Das Engagement für diejenigen, die hier bei uns in Nordrhein-Westfalen Schutz vor Gewalt, Verfolgung und Krieg suchen, ist Ausdruck unserer humanitären Verantwortung, und es ist Ausdruck unseres offenen Gesellschaftsbildes. Ich freue mich, dass große Teile dieses Parlamentes dieses Gesellschaftsbild teilen.

(Beifall von der CDU, der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von der AfD)

Sehr geehrte Damen und Herren, die Welt hat sich mit dem brutalen und völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Ukraine verändert. Vor allem hat sie sich für die vielen Menschen, die vor Tod, Gewalt, Hunger und Kälte fliehen müssen, verändert. Wir wollen diesen Menschen nach ihrer Ankunft in Nordrhein-Westfalen Schutz bieten, sie versorgen und eine menschenwürdige Unterbringung sicherstellen. Das konnten wir bereits für mehr als 215.000 Menschen tun.

Dafür hat das Land bereits im laufenden Jahr entschieden, die 430 Millionen Euro Bundesmittel aus der Bund-Länder-Verständigung vom April 2022 an die Kommunen weiterzuleiten. Denn die Kommunen leisten in der aktuellen Lage einmal mehr Außergewöhnliches.

Mein großer Dank gilt den Kommunen, aber für die Solidarität vor Ort auch allen Engagierten. Ihnen gebührt unser aller großer Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Um diesen besonderen Herausforderungen Rechnung zu tragen und die Kommunen zu unterstützen, haben wir schon im Nachtragshaushalt 2022 reagiert. Insgesamt haben wir nunmehr für den Haushalt 2022 im Asylkapitel 2,2 Millionen Euro veranschlagt.

Selbstverständlich bekennen wir uns auch weiter zu unserer Verantwortung, die Kommunen mit den enormen, auch finanziellen Herausforderungen nicht

alleinzulassen – selbstverständlich mit dem FlüAG-Ansatz im Haushaltsjahr 2023, aber auch mit den zusätzlichen Mitteln, wie im gemeinsamen Gespräch des Ministerpräsidenten mit den Kommunen vereinbart.

Wir stärken den Haushaltsansatz für Betreuungs-, Verpflegungs- und Sicherheitsdienstleistungen in den Aufnahmeeinrichtungen des Landes. Das ist ein wichtiger Punkt.

Selbstverständlich gehört zur aktuellen Situation mit den steigenden Zahlen von Geflüchteten aus der Ukraine und anderen Krisen- und Kriegsregionen der Welt, dass auch die Unterbringungskapazitäten im Landessystem deutlich ausgebaut werden.

Mir ist es wichtig, noch einen weiteren Punkt im Haushalt in den Blick zu nehmen, nämlich das Förderprogramm des Landes für die soziale Beratung von Geflüchteten. Wir sorgen für mehr Planungssicherheit durch die Ausweisung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 35 Millionen Euro, die für alle Fördersäulen Förderzusagen in der im Jahr 2023 genannten Höhe auch für das Jahr 2024 ermöglicht. Das ist auch ein wichtiger Ausweis humanitärer Politik im Bereich „Flucht“, glaube ich.

Sehr geehrte Damen und Herren, so sehr derzeit die akute Unterbringung von Geflüchteten im Fokus steht, umso wichtiger ist es trotzdem, jetzt auch die Frage der Integration in den Blick zu nehmen. Nordrhein-Westfalen ist ein Einwanderungsland, und Einwanderung hat hier eine lange Geschichte. Deshalb freue ich mich besonders darüber, dass mit dem DO-MiD ein Stück dieser Geschichte, aber auch der Gegenwart erzählt wird und wir mit der Landesförderung einen Beitrag dazu leisten können.

Wir bauen bei der Integrationspolitik in Nordrhein-Westfalen seit Jahren auf den parteiübergreifenden Integrationskonsens der demokratischen Kräfte auf. Deshalb flankieren wir eine moderne Integrationspolitik, wie sie derzeit in Berlin mit einem Vorgriffserlass zum Chancenaufenthaltsrecht angestoßen wird. Denn klar muss sein: Menschen, die längst selbstverständlicher Teil dieser Gesellschaft geworden sind, haben ein Recht darauf, dass diese Gesellschaft ihnen auch eine verlässliche Perspektive zurückgibt.

Teilhabe und Integration sind auf Grundlage des Integrationskonsenses der demokratischen Kräfte in Nordrhein-Westfalen Gesetz und auch mit 133 Millionen Euro im Teilhabe- und Integrationsgesetz hinterlegt, und zwar unter anderem, um das flächendeckende kommunale Integrationsmanagement zu stärken. Hierfür investieren wir 75 Millionen Euro. Damit wollen wir vor Ort passgenaue, kohärente und effiziente Integrationsprozesse ermöglichen. Denn es ist vollkommen richtig: Integration und Ausgestaltung von Teilhabe passieren vor Ort.

Teilhabe bedeutet, die Gesellschaft gemeinsam aktiv zu gestalten. Wir stärken deswegen die Mehrsprachigkeit einerseits im Bildungsbereich und andererseits in der öffentlichen Verwaltung. Das ist ein wichtiger Punkt. Wir fördern aber auch die Migrantenorganisationen, weil sie ein starker und mittlerweile ein ganz selbstverständlicher Akteur einer vielfältigen Zivilgesellschaft sind.

Ja – da will ich Ihnen recht geben, Herr Kollege –, der öffentliche Dienst darf ruhig noch ein bisschen vielfältiger werden. Denn der öffentliche Dienst hat auch eine gesellschaftliche Vorbildfunktion. Man muss feststellen, dass hier im Bereich „Diversity Management“ nicht nur bei der interkulturellen Vielfalt, sondern insgesamt bei der Öffnung für Vielfalt zu viel liegen geblieben ist. Das werden wir angehen, weil es in der öffentlichen Verwaltung wichtig ist, hier Ansprache zu leisten, aber auch attraktiver Arbeitgeber zu sein.

(Beifall von den GRÜNEN und Volkan Baran [SPD])

Diese Landesregierung steht für eine Politik und eine Gesellschaft der Vielfalt, in der alle Menschen selbstbestimmt leben können. Dazu zählt auch eine konsequente Antidiskriminierungspolitik. Denn leider müssen wir feststellen, dass Ausgrenzung und Benachteiligung für viele Menschen auch in Nordrhein-Westfalen nach wie vor eine allzu alltägliche Erfahrung sind. Dort werden wir ebenfalls tätig werden und diese Frage weiter konsequent angehen. Das zeigt sich auch in diesem Haushalt. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Daher schließe ich die Aussprache zu dem Punkt b), Flucht und Integration.

Wir kommen zu:

c) Gleichstellung

Ich eröffne die Aussprache. Als Erste spricht für die SPD die Abgeordnete Frau Butschkau.

Anja Butschkau (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Energie ist knapp und teuer. Die Inflation macht die Menschen ärmer, und die Wirtschaftsleistung NRWs ist in den Keller gerutscht. In Krisen wie diesen werden Haushaltsfragen zu Grundsatzfragen.

Das Schlimme ist, dass schwierige Zeiten für Menschen in Notlagen besonders schwierig sind. Das gilt

auch und ganz besonders für Frauen und Mädchen, die von Gewalt betroffen sind. Wirtschaftlicher Druck – das haben wir schon in der Pandemie erlebt – übersetzt sich allzu schnell in Frust, Streit und Gewalt in den privaten Beziehungen. Gerade jetzt dürfen wir Frauen, die Schutz suchen, nicht im Stich lassen.

(Beifall von der SPD)

Umso erstaunter waren wir, als wir im Haushaltsentwurf lesen mussten, dass die Landesregierung ausgerechnet beim Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt eine Kürzung vornehmen will. So sehr ich mich bemühe, es anders zu sehen: Für den Schutz vor Gewalt stellt diese Landesregierung nun 1,85 Millionen Euro weniger zur Verfügung. 1,85 Millionen Euro sind wahrlich kein Pappenstiel, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Das geschieht in einer Zeit, in der auch Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen wegen der Inflation real mit weniger Geld auskommen müssen. Ich habe viele, wirklich sehr viele Gespräche mit besorgten und verunsicherten Vertreterinnen der Träger von Frauenhäusern und Frauenverbänden geführt. Alle haben mich gefragt: Was passiert da eigentlich?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Einrichtungen und Strukturen zur Hilfe bei Gewalt an Frauen sind traditionell unterfinanziert. Dass wir überhaupt ein belastbares Frauenhilfesystem haben, liegt eben nicht am Geldsegen der Landesregierung, sondern am unermüdlichen Einsatz der Frauenhilfeszene und ihrer Unterstützerinnen. Ohne Ehrenamt und ohne Spenden ginge hier nämlich gar nichts.

(Beifall von der SPD)

Ja, Frau Ministerin Paul, mir ist klar, dass Ihre Vorgängerin die Mittel für den Schutz von Frauen nicht ausgegeben, sondern als Sparstrumpf genutzt hat. Aber das ist vergossene Milch. Daraus können Sie doch keinen geringeren Bedarf ableiten, vor allem nicht in dieser Zeit.

Wir fordern die Landesregierung deshalb auf: Machen Sie diese Kürzung rückgängig. Lassen Sie Mädchen und Frauen in dieser Not nicht alleine.

(Beifall von der SPD)

Kommen wir zu den Kompetenzzentren Frau und Beruf. Ich möchte ausdrücklich loben, dass die Landesregierung sich durchringen konnte, die Kompetenzzentren zunächst weiter zu finanzieren. Das ist ein wichtiges Signal für die Gleichstellung von Frauen im Beruf und auch ein wichtiges Signal in Zeiten des Fachkräftemangels. Dafür haben wir in der letzten Legislatur hart gekämpft – auch mit Ihnen gemeinsam, Frau Ministerin Paul. Wir werden das auch zukünftig tun, wenn diese Arbeit gefährdet sein sollte.

Mittlerweile gibt es rund 30 CSDs in unserem Land, die für Vielfalt und Sichtbarkeit der Community stehen. Die zumeist ehrenamtlich organisierten CSDs sind jedes Jahr aufs Neue ein finanzieller Kraftakt. Schon ein verregneter Tag kann das Aus für CSD-Vereine bedeuten. Hinzu kommen die aktuellen Preissteigerungen.

Es ist Zeit, das Engagement der CSD-Vereine zu würdigen. Bisher wurde dieses Engagement von der Landesregierung überhaupt nicht gefördert. Wir schlagen deshalb die Bereitstellung von 375.000 Euro zur Unterstützung ehrenamtlicher CSDs vor. Denn eines ist doch klar: Wenn wir gesellschaftliche Vielfalt wollen, dann müssen wir uns auch dafür einsetzen.

Krise heißt ursprünglich Wendepunkt. Krise heißt nicht Untergang. Krise heißt auch nicht Schicksal. Ganz im Gegenteil: Krisen sind Chance und Aufforderung zum Handeln. Sie verpflichten auf den Mut zur Gestaltung. Diesen Mut, liebe Kolleginnen und Kollegen, vermisste ich insgesamt bei diesem Haushalt in diesen schwierigen Zeiten. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und Glück auf!

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die CDU spricht die Abgeordnete Frau Troles.

Heike Troles (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Stärkung und Weiterentwicklung der Frauen- und Gleichstellungspolitik ist ein zentrales Anliegen der Zukunftscoalition von CDU und Grünen. Dabei knüpfen wir an die politischen Erfolge der zurückliegenden Wahlperiode an, bauen darauf auf und setzen gleichzeitig neue politische Schwerpunkte.

CDU und Grüne verbessern die politische Partizipation von Frauen, forcieren die Gleichstellung von Frauen in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst, setzen sich konsequent für Gewaltfreiheit und gegen jede Form von Gewalt gegen Frauen ein und treten für eine zunehmend diskriminierungsfreie Gesellschaft ein, die sich durch gegenseitigen Respekt auszeichnet.

Ministerin Josefine Paul hat unlängst zu den Einzelheiten und konkreten Maßnahmen im Rahmen ihrer Vorstellung der politischen Schwerpunkte für die 18. Wahlperiode im Ausschuss für Gleichstellung und Frauen detailliert ausgeführt.

Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen verfügt über einzigartige Infrastruktur aus Beratungsstellen, Frauenhäusern, Kompetenzzentren und weiteren Einrichtungen, die dem Ziel der Unterstützung von Frauen in den unterschiedlichsten Lebenslagen verpflichtet ist. Gleiches gilt für den Gleichstellungs-

bereich, insbesondere mit Blick auf den Schutz und die Unterstützung von queereinem Leben in Nordrhein-Westfalen.

Ich danke in diesem Zusammenhang den vielen hoch engagierten Mitarbeitenden, die täglich Frauen begleiten, beraten und unterstützen,

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

und all denen, die im LSBTIQ-Bereich vom Coming-out bis zur Beratung von Regenbogenfamilien mit Rat und Tat zum Gelingen von Leben in Vielfalt beitragen.

CDU und Grünen wissen: Damit sich Menschen kontinuierlich und mit Engagement dem Wohl anderer widmen können, bedarf es starker Strukturen, und starke Strukturen verlangen wiederum nach finanzieller Stabilität und Kontinuität.

Der vorliegende Haushaltsplanentwurf trägt genau diesem Ansatz Rechnung. Er ist damit ein klares Bekenntnis zur weiteren Stärkung der Angebote und Einrichtungen. Gleichzeitig ist er aber auch ein Zeichen der ausdrücklichen Wertschätzung den Menschen gegenüber, die im ganzen Land mit Herzblut und Fachlichkeit das Leben von Menschen täglich besser machen.

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, Energiekostensteigerungen und Inflation setzen den aktuellen gesellschaftlichen, politischen und, ja, auch fiskalischen Rahmen. Ich bin vor diesem Hintergrund Ministerpräsident Henrik Wüst und Finanzminister Marcus Optendrenk dafür dankbar, dass trotz aller Belastungen mit dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf fiskalische Klarheit und Verlässlichkeit gegeben sind. Das liegt sicherlich auch am guten Verhandlungsgeschick der Ministerin.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf schaffen wir die Grundlage, um erstens mehr Planungssicherheit in der Landschaft durch langfristige Finanzierungsmöglichkeiten zu verwirklichen, zweitens durch Verpflichtungsermächtigungen bedarfsorientierte finanzielle Spielräume im Haushalt zu schaffen, drittens Beratungsangebote für gewaltbetroffene Frauen auszubauen und regionale Lücken bei der Versorgung mit Fachberatungsstellen gegen sexualisierte Gewalt zu schließen und viertens unsere Frauenhilfeinfrastruktur, namentlich unsere Frauenhäuser, qualitativ und quantitativ zu stärken. Dafür stehen jährlich 9 Millionen Euro mehr zur Verfügung als im Jahr 2020. Gleichzeitig nehmen wir fünftens die Bedarfe von LSBTIQ-Geflüchteten besonders in den Blick und wollen die Vernetzung und Versorgung von und mit LSBTIQ-Beratungsangeboten insbesondere im ländlichen Raum verbessern.

Ja, meine Damen und Herren, dies sind aktuell nicht die Zeiten für das große Aufwachen von Haushaltsansätzen. Durch das Schaffen langfristiger,

verlässlicher Rahmenbedingungen und klarer Prioritäten schaffen wir aber die Grundlage dafür, im Bereich „Frauen, Gleichstellung und LSBTIQ“ für Kontinuität und Weiterentwicklung zu sorgen. Und das ist im Interesse der Menschen in Nordrhein-Westfalen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die FDP spricht Herr Dr. Pfeil.

Dr. Werner Pfeil (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Bereits mehrfach haben wir heute gehört, dass wir hier über einen Haushalt sprechen, der in nur 47 Tagen im Schnellverfahren zusammengeschustert wurde. Deswegen lassen Sie mich nur kurz Folgendes sagen:

Noch vor fünf Jahren wurde die schwarz-gelbe Landesregierung von der damaligen Oppositionsfraktion und heutigen Regierungsfraktion Bündnis 90/Die Grünen für einen vergleichsweise langsam aufgestellten Haushalt aufs Schärfste kritisiert. Damals hieß es, dass aufgrund des schnellen Verfahrens eine beispiellose Missachtung grundlegender parlamentarischer Rechte vorliege. Dabei hat sich die Vorgängerregierung damals sogar noch 25 Tage mehr Zeit für das Beratungsverfahren genommen.

Sämtliche Bedenken scheinen nun Schnee von gestern zu sein, wenn man sich ansieht, mit welcher Vehemenz Sie hier Ihren Haushalt durchpeitschen.

Aus dem von Ihnen vorgelegten Tempo ergeben sich nun tatsächlich erhebliche Einschränkungen für die Oppositionsfraktionen. Denn so wurden wir Freien Demokraten in unseren Kontroll- und Beteiligungsrechten beschnitten. Es war uns nicht möglich, Anträge in den Fachausschüssen einzureichen und über diese in angemessener Form öffentlich zu beraten.

(Beifall von Angela Freimuth [FDP])

Damit missachtet die schwarz-grüne Landesregierung die grundlegenden Ansprüche an Transparenz sowie Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit

(Beifall von Angela Freimuth [FDP])

nicht nur gegenüber uns Mitgliedern des Landtages, sondern vor allem auch gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes.

Damit kommen wir zum Thema. Über einen 100-Milliarden-Euro-Haushalt soll entschieden werden. In diesem Zusammenhang möchte ich besonders auf die soeben von Kollegin Butschkau genannten drastischen Kürzungen von 1,85 Millionen Euro im Bereich „Schutz und Hilfe für gewaltbetroffene Frauen“ verweisen.

Gerade die Frauenhilfeeinfrastructure leistet eine unglaublich wichtige Arbeit von immensem gesellschaftlichen Wert. Sie ist mit zusätzlichen unterstützenden Angeboten auf Landesebene wie zum Beispiel einer Fachstelle für digitale Gewalt oder Angeboten der Frauenhilfeeinfrastructure im ländlichen Raum gefordert und wird durch die Kostensteigerungen für Energie zusätzlich belastet.

Hier müssen wir gegensteuern. Jeder Cent, der hier gekürzt wird, ist nicht nur eine Ohrfeige für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der betroffenen Einrichtungen und Programme, sondern schlichtweg schlecht für uns als moderne Zivilgesellschaft und ein Desaster für alle Hilfe suchenden Frauen.

(Beifall von der SPD und Angela Freimuth [FDP])

Wir Freien Demokraten stellen daher den wichtigen Änderungsantrag – ähnlich wie die SPD –, die Kürzungen zurückzunehmen und die 1,85 Millionen Euro wieder in den Haushalt 2023 einfließen zu lassen, damit die wichtige Arbeit der Frauenhilfeeinfrastructure gesichert bleibt.

Ebenso sträflich ausgespart wurde in diesem Turboentwurf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die einen zentralen Baustein zu Gleichstellung und echter Chancenverwirklichung darstellt. Es lassen sich weder Programme zur Förderung von familienkompatiblen Karrierewegen finden, noch werden diese Möglichkeiten im Bereich „Gleichstellung“ überhaupt zum Thema gemacht.

Das ist bitter und alles andere als fortschrittlich; denn damit bleibt es auch 2022/2023 bei den tradierten Rollenmustern. Hier sollte eigentlich schnell gehandelt werden. Wir Freien Demokraten machen uns daher nicht nur für eine Umgestaltung von Karrieremustern sowie eine Ausbildung abseits der klassischen Rollenbilder stark, sondern wollen auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch die Unterstützung von Jobsharing- und Topsharing-Modellen stärken.

(Beifall von Angela Freimuth [FDP])

Ebenso möchten wir die Chance für den Wiedereinstieg nach Elternzeit oder familiärer Pause erhöhen, indem wir das Steigern von Stundenzahlen in einer Teilzeitbeschäftigung und den Wechsel in einen Midjob bis hin zu einer regulären Beschäftigung attraktiver gestalten. Nur so lässt sich eine gleichmäßigere Aufteilung der Familienarbeit erreichen, die es Frauen und Männern ermöglicht, sich wirklich frei zu entscheiden, wie sie die Familien- und Erwerbsarbeit aufteilen möchten.

(Beifall von der FDP)

Das, meine Damen und Herren, nennen wir Gleichstellung. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der Grünen spricht nun die Abgeordnete Frau Bostancieri.

(Beifall von Ina Besche-Krastl [GRÜNE])

İlayda Bostancieri (GRÜNE): Vielen Dank. – Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleg*innen der demokratischen Fraktionen! Die Gleichstellung aller Geschlechter ist eine Querschnittsaufgabe. Das haben wir, CDU und Grüne, im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Natürlich ist dieses Thema hauptsächlich im Ausschuss für Gleichstellung und Frauen verankert. Aber wenn wir es damit ernst meinen, dann müssen wir es ressortübergreifend angehen. Das haben sich diese Koalition und diese Landesregierung zur Aufgabe gemacht.

In Bezug auf die aktuellen Krisen durfte ich mit großer Freude feststellen, dass dieser Einzelplan sich mit Blick auf die Bereiche „Gleichstellung“ und „queer“ sehen lassen kann. Er trägt eindeutig die Handschrift unserer Ministerin Josefine Paul. Allein die Verpflichtungsermächtigungen, die ihr Haus erwirkt hat, werden für eine langfristige Verbesserung in den Bereichen der Gleichstellungs- und Queerpolitik sorgen.

Unserer Ministerin ist es gelungen, etwa 9 Millionen Euro in der Titelgruppe 61 zur verstetigen – rund 9 Millionen Euro, die mit einem konkreten Plan hinterlegt sind. Wir nehmen zum Beispiel fünf weitere Frauenhäuser in Datteln, Minden, Münster, Recklinghausen und Salzkotten in die Landesförderung auf.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir nehmen den Kinderschutz noch stärker in den Blick und finanzieren eine weitere Fachkraft in den Frauenhäusern gezielt für die Arbeit mit den dort lebenden Kindern und Jugendlichen.

Von den 9 Millionen Euro profitieren auch die Frauenberatungsstellen, die eine wichtige Arbeit bei der Unterstützung von Hilfe suchenden Frauen leisten und die – diese Anmerkung sei mir gestattet – auch verstanden haben, dass die „Kürzung“ keine Kürzung ist. Wir sind auf einem sehr guten Weg, die Frauenhilfeeinfrastruktur nachhaltig zu stärken.

Auch Männer, die von Gewalt betroffen sind, nehmen wir in den Blick und haben in diesem Bereich ebenfalls Erfolge zu verzeichnen. Die Schutzstruktur für von Gewalt betroffene Männer wurde verstetigt.

Hier werden wir nicht stehen bleiben. Es ist wichtig, Gewalt zu verhindern, bevor sie entsteht. Es gibt viele wertvolle Projekte, die Menschen helfen, erst gar nicht zu Täter*innen zu werden.

(Beifall von Eileen Woestmann [GRÜNE])

Daher hat die Präventionsarbeit, die mit den nachhaltigsten Gewaltschutz bietet, ebenso eine Verstetigung erfahren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dies ist der erste Landeshaushalt der neuen Landesregierung unter Schwarz-Grün. Es macht mich stolz, dass wir hier eine deutliche Verbesserung für den Gewaltschutz insgesamt erzielen konnten.

Auch in den anderen Bereichen kann der Haushalt sich sehen lassen. Neben dem Opferschutzportal geben wir Verpflichtungsermächtigungen für die Fortschreibung des Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern, für Gutachten, für Dunkelfeldstudien und für Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag.

Die EFRE-Mittel für die Kompetenzzentren Frau und Beruf sind in diesem Jahr ausgelaufen. Doch wir haben es geschafft, 15 Kompetenzzentren in die Landesförderung aufzunehmen und so dauerhaft zu gewährleisten, dass mehr Frauen den Berufseinstieg oder -wiedereinstieg schaffen und dass sich Unternehmen stärker mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf auseinandersetzen und innovative Lösungsansätze entwickeln können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es ist wichtig, dass wir dem Fachkräftemangel aktiv begegnen und jedes Potenzial nutzen, das uns zur Verfügung steht. Dabei sind die Kompetenzzentren wichtige Akteure bei der Unterstützung kleiner und mittelständischer Unternehmen und bei der Gewinnung weiblicher Fachkräfte.

Neben all diesen sehr erfreulichen Nachrichten und der positiven Bilanz für den Haushalt möchte ich noch einige Punkte für den queerpolitischen Bereich ergänzen. Nach der langen Zeit der Lockdownphasen war es in diesem Jahr endlich wieder möglich, CSD-Paraden zu veranstalten. Ihre Wirkung für die Gesellschaft, aber auch für die LSBTIQ-Community selbst ist nicht zu unterschätzen. In einer demokratischen Gesellschaft sichtbar sein zu können, und zwar gemeinsam mit anderen, ist für viele von uns sehr wichtig.

Umso erschütternder war es, dass die friedliche Parade in Münster mit einem queerfeindlichen Angriff mit Todesfolge endete. Der Tod von Malte C. hat viele, vor allem aber die queere Community, nachhaltig schockiert und erschüttert. Sein Tod und weitere queer- und trans*feindliche Übergriffe und Gewalttaten führen uns auf schmerzlichste Art und Weise vor Augen, was für queere und trans* Menschen allgegenwärtig ist: Noch immer gibt es Vorurteile, und viele von uns sind von Diskriminierung betroffen, werden bedroht und angegriffen und, ja, auch im Jahr 2022 noch getötet.

Wir müssen uns bewusst machen, dass queere Menschen und vor allem queere Jugendliche durch die Pandemie zusätzlich eine harte Zeit durchmachen mussten. Die psychosoziale Beratung ist für sie extrem wichtig.

Wir befinden uns in einer Zeit multipler Krisen und wissen, dass diese Krisen gesellschaftliche Schief lagen, unter denen vor allem Menschen leiden, die Diskriminierung erfahren müssen, nur weiter verschärfen. Diesen Schief lagen müssen wir begegnen und aktiv vorbeugen. Das können wir mit diesem Haushaltsentwurf angehen. Er zeigt deutlich, dass uns Frauen-, Gleichstellungs- und Queerpolitik besonders am Herzen liegen und wir aktiv an der Verbesserung von Unterstützungs- und Hilfsstrukturen sowohl für Frauen als auch für queere Menschen arbeiten.

Dem Entwurf des Einzelplans 07 stimmen wir daher sehr gerne zu. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die AfD spricht nun die Abgeordnete Frau Seli-Zacharias.

Enxhi Seli-Zacharias* (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, spätestens nach der jetzigen Debatte sollte Folgendes klar sein: Die Grünen sollten sich definitiv dafür einsetzen, dass das Ministerium und dieser Fachausschuss umbenannt werden. „Queere Politik“ trifft es da ganz gut, das ist gerade mehr als deutlich geworden.

(Zuruf von Kirsten Stich [SPD])

Bevor ich jetzt in die eigentliche Haushaltsdebatte einsteige, will ich noch etwas ganz Grundlegendes sagen, gerade weil wir eigentlich zum Thema „Gleichstellung“ sprechen wollen, die queere Politik aber alles überschattet hat. In dieser Gesamtdebatte ist eines wichtig, und es ist auch wichtig, dass ich es einmal ganz deutlich ausspreche: Gleichstellung bleibt das Gegenteil von Gleichberechtigung. Gleichberechtigung ist Chancengleichheit, während Gleichstellung stets Ergebnislosigkeit ist.

(Lachen von Kirsten Stich [SPD] – Zuruf von Tim Achtermeyer [GRÜNE])

Beim Stichwort „Ergebnislosigkeit“ kommen wir auch schon zu einem wichtigen Punkt. Es wird nämlich deutlich, dass die Regierungskollegen in der Nische der Gleichstellungspolitik inzwischen am politischen Sättigungspunkt angekommen sind. Jetzt widmet man sich gerne neuen Projekten, damit man sich als Regierungspolitiker als besonders „woke“ bezeichnen kann.

(Zuruf von der SPD: Jetzt muss man ihr mal zuhören! – Weitere Zurufe)

Es reicht längst nicht mehr, Homosexuelle zu tolerieren und sie selbstverständlich ihr Leben leben zu lassen.

(Lachen von den GRÜNEN)

Nein, es zeigt sich gerade im Rahmen der Haushaltsberatungen, dass der politische Wunsch besteht, homosexuellen Menschen ständig und überall zu ihrer sexuellen Identität zu gratulieren oder sogar dazu gratulieren zu müssen.

(Kirsten Stich [SPD]: Allen nicht!)

Die Aufgabe des Staates ist es, jedem Bürger ein Leben in Freiheit und Sicherheit zu ermöglichen, und zwar völlig unabhängig davon, ob jemand homo- oder heterosexuell ist.

(Tim Achtermeyer [GRÜNE]: Ja, genau!)

Verfolgt man diesen Grundsatz, tut man mehr für sexuelle Minderheiten, als wenn man in Gratismutmäner eine bunte Flagge hisst.

(Beifall von der AfD – Kirsten Stich [SPD]: Wahnsinn!)

Ein Blick auf das sogenannte Diversity-Management dieser Landesregierung zeigt ganz deutlich, was eigentlich gewollt ist. Ich möchte nur einiges exemplarisch nennen, darunter die Netzwerkstelle UNTERNEHMEN VIELFALT, bei der LGBT-Beschäftigte von kleinen Unternehmen sich vielleicht telefonisch kostenfrei beraten lassen können, und die Allianz für Vielfalt und Chancengerechtigkeit.

Weil die Landesregierung so wenig für die queere Community tut, ist es ihr zufolge sehr wichtig, gerade in dieser angespannten Haushaltslage für das kommende Haushaltsjahr neue queere Angebote zu fördern. Es werden auch noch viele Projekte genannt. Nicht zu vergessen ist der Aufbau und Ausbau einer CSD-Förderung. Das ist nämlich das Letzte, was hier noch fehlt, und soll unbedingt in dieser Legislaturperiode gelingen. Menschenkinder!

(Kirsten Stich [SPD]: Unfassbar! – Tim Achtermeyer [GRÜNE]: Können Sie auch noch etwas anderes machen, als ständig auf Minderheiten rumzuhacken? – Anja von Marenholtz [GRÜNE]: Sie sollten sich schämen!)

Von dieser Landesregierung wünsche ich mir diese Zielstrebigkeit, wenn es darum geht, andere Phänomenbereiche wie Zwangsheirat, Vielehen, Kinderhehen und Genitalverstümmelung anzugehen. Warum zeigen Sie denn nicht, wie viel Ihnen das bedeutet? Das wäre mal schön.

(Beifall von der AfD)

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wenn Sie vielleicht dem alten weißen Mann weniger Aufmerksamkeit schenken und sich dafür einmal die Mullahs im Ruhrgebiet vorknöpfen würden, kämen wir auch ein Stück weiter.

(Kirsten Stich [SPD]: Unfassbar! Rassistisch! – Zuruf von den GRÜNEN)

Wir halten es dabei für zwingend erforderlich und wichtig, den betroffenen Frauen wirksam zu helfen und sie auf diesem Weg aus der Steinzeitkultur, in der sie feststecken, zu befreien, dieser den Nährboden zu entziehen.

(Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Für die die AfD steht!)

– Ja, ganz bestimmt. All das, was innerhalb gleichgeschlechtlicher Lebensweisen von Ihnen immer wieder so stark forciert wird, wird im Rahmen der traditionellen Familie überhaupt nicht realisiert und wahrgenommen. Darauf will ich aber gar nicht eingehen.

(Tim Achtermeyer [GRÜNE]: Gott sei Dank!)

Ich möchte zum Schluss noch eine Sache sagen, die mir besonders wichtig ist. Das ist der Komplex des Unterhaltsvorschusses.

(Zuruf von Matthias Kerkhoff [CDU])

Wir alle wissen, dass Vater Staat in Vorkasse geht, wenn ein Elternteil seiner Pflicht, Unterhalt zu zahlen, nicht nachkommt. Unterhaltsleistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz stellen eine gewaltige Belastung für den Landeshaushalt dar.

(Zuruf von Ina Besche-Krastl [GRÜNE])

Was 1980 als Unterhaltsvorschuss und als schnelle und unbürokratische Hilfe gedacht war, ist längst zur sozialstaatlichen Dauerleistung verkommen.

(Kirsten Stich [SPD]: Verkommen?)

Wir fordern eine stärkere Prüfung von Unterhaltsbetrug. Das sollte sich diese Landesregierung tatsächlich einmal auf die Fahnen schreiben. Wir wissen ganz genau, dass Jugendämter das Geld nur in den seltensten Fällen zurückholen können. Hier sollte für Betrüger ganz deutlich ein Klima der Angst entstehen.

(Dr. Nadja Büteführ [SPD]: Falsche Rede, Thema verfehlt!)

Wir erwarten keine Rhetorik für unterdrückte Frauen. Wir erwarten echten Frauenschutz und eine authentische Bekämpfung von Unterdrückung. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD – Kirsten Stich [SPD]: Unfassbar!)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die Landesregierung spricht nun Frau Ministerin Paul.

Josefine Paul¹⁾, Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Dafür, dass Sie die Queerpolitik für ein Nischenthema halten, haben Sie sich jetzt sehr ausführlich dazu ausgelassen.

(Heiterkeit von der CDU, den GRÜNEN und der SPD)

Dabei hätte theoretisch ein Satz gereicht: Queere Rechte sind Menschenrechte.

(Lebhafter Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Beifall von der SPD – Zuruf von Christian Loose [AfD])

Auch in krisengeschüttelten Zeiten ist Gleichstellung kein Nice-to-have oder eine Zugabe. Konsequente Emanzipationspolitik ist im Gegenteil gerade in Krisenzeiten wichtig. Sie ist ein wichtiges Element sozialer Gerechtigkeit. Deswegen weist das Kapitel 07.060 – Gleichstellung von Frauen und Männern – im Haushaltsjahr 2023 ein Gesamtvolumen von 42 Millionen Euro auf.

Es ist uns gelungen, ein deutliches Plus bei den Verpflichtungsermächtigungen für die kommenden Jahre zu erzielen. Das stellt einen dauerhaften Aufwuchs für die strukturelle Förderung der Frauenhilfeinfrastruktur dar.

Ich will hier noch mal ganz deutlich unterstreichen: Wir sorgen damit für Stabilität und Kontinuität in unruhigen Zeiten, auch wenn Sie von der Opposition vorhin einmal mehr versucht haben, das Gegenteil zu suggerieren und die Öffentlichkeit und die Frauenhilfeinfrastruktur in einer gewissen Art und Weise zu verunsichern. Ich glaube, gerade in unruhigen Zeiten wäre es gut, den Schulterchluss zu üben, anstatt immer Dinge zu behaupten, die sich so gar nicht halten lassen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Der Ansatz der Titelgruppe 61 spiegelt die mittelfristige Finanzplanung des Haushaltsgesetzgebers der letzten Jahre wider; das habe ich auch im Ausschuss schon ausführlich erklärt. Die Mittelaufwüchse für die Jahre 2021 und 2022 waren in dieser Titelgruppe ursprünglich befristet, also beispielsweise als Investitionen vorgesehen und somit nicht für die dauerhafte Förderung.

Mit diesem Haushalt werden diese Mittel jetzt tatsächlich als dauerhafte Förderung eingestellt. Somit stehen im Vergleich zu 2020 nun 9 Millionen Euro mehr langfristig für die Stärkung und den Ausbau der landesgeförderten Infrastruktur zur Verfügung. Ich glaube, das ist ein großer Erfolg insbesondere in Krisenzeiten, in denen eine starke Frauenhilfeinfrastruktur notwendig ist.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wir schließen Schutzlücken und entwickeln die Gewaltschutzinfrastruktur weiter. Wir nehmen fünf neue Frauenhäuser in die Förderung auf. Mit der Förderung einer Fachkraftstelle für Kinder und Jugendliche in allen Frauenhäusern, mit der Neuaufnahme von Fachberatungsstellen gegen sexualisierte Gewalt in die Landesförderung und mit der Weiterentwicklung der Gewalthilfeinfrastruktur gemeinsam mit den Trägervertretungen schließen wir nicht nur Schutzlücken, sondern wir wollen weiter konsequent daran arbeiten, dass Nordrhein-Westfalen die Vorgaben der Istanbul-Konvention Stück für Stück umsetzen kann. Das ist ein wichtiges Zeichen der Kontinuität und der Planungssicherheit für die Frauenhilfeinfrastruktur. Das wird von der Frauenhilfeinfrastruktur im Übrigen auch gewürdigt.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wichtig ist mir auch, dass es uns gelungen ist, die Sicherung der regionalen Angebote der Kompetenzzentren Frau und Beruf gleich zu Anfang der Legislaturperiode sicherzustellen. Wir haben hier Verantwortung übernommen. Nach dem Auslaufen der bisherigen Förderung durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung haben wir in kürzester Zeit noch aus dem laufenden Haushalt Landesmittel in Höhe von 4,4 Millionen Euro bereitgestellt. Mit diesen Mitteln wird es zunächst für eine einjährige Periode möglich sein, in 15 Regionen die gute und wichtige Arbeit fortzusetzen. Wir werden es erreichen und wollen gemeinsam daran arbeiten, dieses Angebot weiterzuentwickeln und zu verstetigen.

Wir werden in den kommenden Jahren aber auch weitere wichtige Weichen in der Gleichstellungspolitik stellen. Wir wollen die Repräsentanz von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen erhöhen, denn noch immer sehen sich Frauen mit strukturellen Hürden und Hemmnissen konfrontiert.

Wenn ich so in das Rund schaue, muss ich sagen: Der Anteil weiblicher Abgeordneter im Landtag darf doch nicht länger eine statistische Varianz sein – in der einen Legislaturperiode ist er höher, und in der anderen Legislaturperiode ist er niedriger. Frauen und Männer müssen gleichermaßen an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt sein. Das ist ein wichtiges Ziel unserer Gleichstellungspolitik.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Widerspruch von Christian Loose [AfD])

Wir werden das LGG zielgerichtet weiterentwickeln und für die Vorstände landeseigener Betriebe eine Quote schaffen, weil auch hier gilt: Der öffentliche Dienst, landeseigene Betriebe und Beteiligungen haben eine Vorbildfunktion. Wir werden eine Gleichstellungsstrategie der Landesregierung auflegen, weil Gleichstellung in alle politischen und gesellschaftlichen Bereiche hineinreicht. Das wird sich damit abbilden.

Auch im Bereich von LSBTIQ setzen wir neben der Förderung und Verstetigung bewährter Strukturen, beispielsweise der LSBTIQ-Selbstorganisation und der psychosozialen Beratung, neue Akzente in der Unterstützung von Strukturen, der Vernetzung im ländlichen Raum und der Weiterführung der historischen Aufarbeitung.

Mir ist dabei besonders wichtig, dass wir mit einem Forschungsprojekt zur Aufarbeitung des Sorgerechtsentzugs lesbischer Mütter einen neuen Akzent setzen. Ich glaube, auch das ist ein Kapitel, das dringend der Aufarbeitung bedarf. Nordrhein-Westfalen wendet sich dem jetzt zu.

Frauenhilfeinfrastruktur, Akteurinnen in der Gleichstellungspolitik und LSBTIQ-Communitys haben mit dieser Landesregierung eine starke Partnerin verlässlich an ihrer Seite in der Weiterentwicklung für eine offene und vielfältige Gesellschaft. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Daher kommen wir zur Abstimmung über den Einzelplan 07 des Ministeriums für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 18/1907, den Einzelplan 07 unverändert anzunehmen. Bevor wir darüber abstimmen, haben wir zunächst noch über elf Änderungsanträge abzustimmen.

Ich lasse abstimmen über den **Änderungsantrag Drucksache 18/2002** der AfD. Wer stimmt dem Änderungsantrag zu? – Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen dann ab über den **Änderungsantrag Drucksache 18/2003** der AfD-Fraktion. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? – Die AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den **Änderungsantrag Drucksache 18/2004** der AfD. Wer möchte hier zustimmen? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den **Änderungsantrag Drucksache 18/2005** der AfD-Fraktion. Wer will hier zustimmen? – Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und

FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den **Änderungsantrag Drucksache 18/2006** der AfD-Fraktion. Wer möchte hier zustimmen? – Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den **Änderungsantrag Drucksache 18/2007** der AfD-Fraktion. Wer möchte hier zustimmen? – Das ist die AfD. Wer ist dagegen? – Das sind CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen nun ab über den **Änderungsantrag Drucksache 18/2049** der FDP-Fraktion. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind die FDP und die SPD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, Bündnis 90/Die Grünen und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den **Änderungsantrag Drucksache 18/2050 – Neudruck** – der Fraktion der FDP. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind FDP, SPD und AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den **Änderungsantrag Drucksache 18/2051** der FDP-Fraktion. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind FDP und SPD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, Bündnis 90/Die Grünen und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den **Änderungsantrag Drucksache 18/2052** der FDP-Fraktion. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind SPD, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen nun ab über den **Änderungsantrag der FDP Drucksache 18/2053**. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind die FDP und die AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist auch der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen nun zur zweiten Basisabstimmung über den Einzelplan 07 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer stimmt dem Einzelplan 07 zu? – Das sind CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 07 in zweiter Lesung angenommen**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 04 Ministerium der Justiz

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 18/1904 und die in der aktuellen Tagesordnung zu diesem Einzelplan aufgeführten Änderungsanträge hin.

Ich eröffne die Aussprache. – Für die SPD spricht als Erstes Frau Bongers.

Sonja Bongers (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die personellen Probleme der Justiz in Nordrhein-Westfalen bleiben seit Jahren die gleichen. Tausende unbesetzte Stellen – im Oktober waren es fast 3.200 – und weitere zu erwartende Abgänge aus der Justiz – allein in den kommenden beiden Jahren über 3.000 Beschäftigte – sind ein alarmierendes Zeichen.

Hier hilft kein Basishaushalt. Hier muss es echte Anreize und praktische Verbesserungen geben, damit sich mehr Menschen für eine Karriere in der Justiz entscheiden und die Justiz in Nordrhein-Westfalen handlungsfähig bleibt.

(Beifall von der SPD)

Die öffentliche Auseinandersetzung zwischen Ihnen, Herr Dr. Limbach und Ihren Ministerkollegen der anderen Bundesländer auf der einen und dem Bundesjustizminister auf der anderen Seite über die Finanzierung des Pakts für den Rechtsstaat muss endlich zu einem Ergebnis geführt werden. Nichts schadet der Justiz mehr als eine strukturell unterfinanzierte und unterbesetzte Justiz.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Sie hätten hier, Herr Dr. Limbach, mit einem guten Beispiel vorangehen und spürbare Verbesserungen in den Haushalt einbringen können. Leider finde ich diese aber nur sehr punktuell. So begrüße ich es ausdrücklich, dass die neue Landesregierung einen Kritikpunkt meiner Haushaltsrede aus dem vergangenen Jahr aufgegriffen hat: die deutliche Ausweitung der Anwärterstellen für Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger auf 350.

Auch die von uns im Wahlprogramm geforderte Reduzierung der befristeten Stellen haben Sie zumindest mit der Streichung von 90 kw-Vermerken bei dem ITD zur Digitalisierung der Justiz aufgegriffen. Hier können künftig gerne weitere Befristungen gestrichen werden.

Auch das Thema „Digitalisierung“ bleibt aktuell. Die vom Bund geplanten 50 Millionen Euro für den Digitalpakt können helfen, sind jedoch keine Lösung.